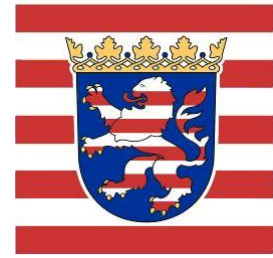




HESSEN



Bericht aus Brüssel

18/2020 vom 02.10.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Ausschuss der Regionen.....	6
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	12
Energie.....	13
Digital.....	13
Forschung.....	16
Finanzdienstleistungen.....	18
Finanzen.....	20
Soziales.....	21
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	22
Umwelt.....	23
Landwirtschaft.....	26
Justiz.....	27
Inneres.....	29
Bildung und Kultur.....	32
Information, Kommunikation und Medien.....	34
EU-Förderprogramme.....	35
Veranstaltungen.....	36
Belgien.....	37
Vorschau.....	37

Europäischer Rat; Ergebnisse der Sondersitzung am 01./02.10.2020

Der Europäische Rat (ER) hat sich am 01./02.10.2020 in einer Sondersitzung in Brüssel mit außenpolitischen- und wirtschaftspolitischen Fragen befasst. Am ersten Tag standen die Spannungen zwischen den beiden Mitgliedstaaten GRI und CYP und der Türkei im östlichen Mittelmeer im Fokus. Der ER begrüßte die jüngsten vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen GRI und der Türkei, und fordert die Türkei auf, die Einladung von CYP für Gespräche anzunehmen. Für den Fall der Deeskalation stellt er eine Wiederbelebung der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei durch eine „positive Agenda“ in Aussicht. Gleichzeitig machte er aber deutlich, dass die EU im Fall erneuter einseitiger Maßnahmen der Türkei „alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente und Optionen“ nutzen will, auch gemäß Art. 29 EUV und Art. 215 AEUV (dies sind die Rechtsgrundlagen für Sanktionen). Spätestens auf seiner Tagung am 10./11.12.2020 will er wieder auf das Thema zurückkommen. Mit Blick auf die Beziehungen zu China betont der ER die Notwendigkeit, „zu ausgewogenen und auf Gegenseitigkeit beruhenden Wirtschaftsbeziehungen zu gelangen“. Er erinnert an das Ziel, bis Jahresende ein ehrgeiziges Investitionsschutzabkommen mit China abschließen zu wollen. Der ER ermutigt China außerdem, „mehr Verantwortung bei der Bewältigung globaler Herausforderungen“ zu übernehmen und zeigt sich besorgt angesichts der Lage der Menschenrechte in dem Land. Der ER hat ferner die inakzeptable Gewalt der belarussischen Behörden verurteilt und betont, dass er die Ergebnisse der Wahl nicht anerkennt. Er hat entschieden, dass Sanktionen verhängt werden sollen, und fordert den Rat auf, einen entsprechenden Beschluss „umgehend“ anzunehmen (Die Sanktionen sind unmittelbar nach dem EP vom Rat beschlossen worden). Der ER rief auch dazu auf, die Feinseligkeiten in Bergkarabach unverzüglich einzustellen und verurteilte den Mordversuch an dem russischen Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Am zweiten Gipfeltag nahm der ER Schlussfolgerungen zu Covid-19 und zu den Themen Binnenmarkt, Industriepolitik und Digitalisierung an. Er legt als Ziel der EU die strategische Autonomie bei gleichzeitigem Erhalt einer offenen Wirtschaft fest. Er will sich ehrgeizigere Ziele bei der weiteren Vollendung des Binnenmarktes setzen, den europäischen Wettbewerbsrahmen aktualisieren und strategische Abhängigkeiten in der Industrie, insbesondere in empfindlichen industriellen Ökosystemen wie der Gesundheit, reduzieren. Bis März 2021 soll die Kommission einen Digitalen Kompass, in dem die digitalen Ziele der EU bis 2030 definiert werden, vorlegen. Er ersucht die Kommission, bis Ende 2021 einen europäischen Datenraum für Gesundheitsdaten zu schaffen; auch die Arbeit an einer europäischen Cloud-Struktur soll vorangetrieben werden. Darüber hinaus fordert er eine Definition von hochriskanten Systemen der Künstlichen Intelligenz und die Entwicklung einer sicheren öffentlichen elektronischen Identifizierung (eID). Der ER tauschte sich ferner zur Situation der COVID-19-Krise in den Mitgliedstaaten aus und befasste sich kurz mit dem Sachstand der Verhandlungen mit GBR. Präsident Michel hat auf dem ER außerdem seine Leaders' Agenda 2020-2021 vorgelegt. Er will damit die verschiedenen Dimensionen der grünen und digitalen Transformation auf die Agenda des ER in den kommenden 15 Monaten setzen – so z.B. das Thema Handel auf dem ER am 10./11.12.2020, Gesundheit auf einem Sonder-ER im Februar 2020 (noch ohne konkrete Datumsangabe) und Digitales einschließlich Digitalsteuer am 25./26.03.2021. Im November 2020 soll ein informeller ER zu China (nicht mit China) in Berlin stattfinden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/european-council/2020/10/01-02/>

Kommission; Erklärung von Vizepräsident Maroš Šefčovič im Anschluss an die 3. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-GBR

Am 28.09.2020 fand die 3. Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses EU-GBR im Rahmen des Austrittsabkommens statt. Der Ausschuss wurde auf EU-Seite von Vizepräsident Šefčovič und auf britischer Seite von Kabinettsminister Gove geleitet. Im Anschluss an die Sitzung bekräftigte Šefčovič im Hinblick auf das Ende der Übergangszeit in weniger als hundert Tagen die Notwendigkeit, eine vollständige, rechtzeitige und wirksame Implementierung des Austrittsabkommens am 01.01.2021 zu gewährleisten. In Bereichen, die für die EU von wesentlichem Interesse sind, bestünden nach wie vor erhebliche Differenzen. Beim Thema der Bürgerrechte unternehme die EU und ihre Mitgliedstaaten weitere Schritte, um die Rechte von rund 4,5 Mio. EU-Bürgern und britischen Staatsangehörigen gemäß des Austrittsabkommens zu gewährleisten. Die EU äußerte durch Šefčovič ernste Besorgnis über das britische System zur Gewährung eines neuen Aufenthaltsstatus. In der Praxis werde zwischen verschiedenen Kategorien von EU-Bürgern mit dem gleichen Aufenthaltsstatus unterschieden. Dies untergrabe die Rechtssicherheit und beeinträchtige die Rechte der EU-Bürger. Im Hinblick auf die Umsetzung des Protokolls zu IRL/Nordirland müsse GBR seine Arbeit, insbesondere in Bezug auf sanitäre und phytosanitäre Kontrollen, zollbezogene IT-Systeme und die Registrierung nordirischer Händler für Mehrwertsteuerzwecke, beschleunigen. Die Positionen GBRs lägen noch weit von dem entfernt, was die EU akzeptieren könne. Šefčovič wiederholte außerdem erneut die Forderung der EU, die strittigen Regelungen des Gesetzentwurfs „United Kingdom Internal Market Bill“ bis Ende September zu entfernen. Der umstrittene Gesetzentwurf hat am 29.10.2020 im britischen Unterhaus die letzte Hürde genommen. Damit ist der Weg ins britische Oberhaus frei. Das Unterhaus verabschiedete die Gesetzesvorlage mit einer Mehrheit von 340 zu 256 Stimmen. Es wird aktuell nicht erwartet, dass die Gesetzesvorlage vor Dezember ihren nächsten Schritt ins britische Unterhaus machen wird. In seiner derzeitigen Form stelle der Gesetzesentwurf einen äußerst schwerwiegenden Verstoß gegen das Austrittsabkommen und das Völkerrecht dar. Die EU sei laut Šefčovič fest entschlossen, innerhalb der verbleibenden Zeit eine vollständige, rechtzeitige und wirksame Implementierung des Austrittsabkommens zu erreichen. Die nächste Sitzung des Gemeinsamen Ausschusses ist für Anfang Oktober geplant.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_20_1766

Kommission; Brexit; Austrittsabkommen, Vertragsverletzungsverfahren

Die Kommission hat am 01.10.2020 ein Aufforderungsschreiben an GBR gerichtet, weil das Land gegen seine Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen verstoßen hat. Mit diesem Schritt beginnt ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren gegen GBR. Am 09.09.2020 legte die Regierung von GBR eine Gesetzesvorlage „United Kingdom Internal Market Bill“ vor, die im Falle ihrer Annahme gegen das Protokoll zu IRL/Nordirland des Austrittsabkommens verstoßen würde. Die Regierung von GBR hat es trotz zahlreicher Aufforderungen der EU unterlassen, die strittigen Teile des Gesetzentwurfs zurückzuziehen. Damit hat GBR laut der Kommission gegen seine Verpflichtung gemäß Artikel 5 des Austrittsabkommens, nach Treu und Glauben zu handeln, verstoßen. Darüber hinaus hat das Land einen Prozess eingeleitet, der – sollte der Gesetzentwurf angenommen werden – die Umsetzung des Austrittsabkommens erheblich beeinträchtigen würde. GBR hat nun einen Monat Zeit, um auf das heutige Schreiben zu antworten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1798

Kommission; Brexit; 9. Verhandlungsrunde künftige Partnerschaft EU-GBR

Vom 28.09.-02.10.2020 hat die 9. Verhandlungsrunde der Verhandlungen über eine künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR stattgefunden. Chefverhandler der EU, Michel Barnier, äußerte über die Verhandlungsrunde, es blieben anhaltende und ernsthafte Meinungsverschiedenheiten in Fragen, die für die EU von großer Bedeutung seien. Punkte der Annäherung gab es insbesondere zu einigen Aspekten des Waren-, Dienstleistungs- und Investitionshandels, der zivilen Zusammenarbeit im Nuklearbereich und der Teilnahme an Programmen der EU. Ebenfalls gab es laut Barnier positive neue Entwicklungen bei einigen Themen wie Flugsicherheit, Koordinierung der sozialen Sicherheit und Achtung der Grundrechte und individuellen Freiheiten. Letzteres sei eine Vorbedingung für die künftige polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen. Einen Mangel an Fortschritten gab es bei einigen wichtigen Themen wie dem Schutz personenbezogener Daten, den Klimaschutzverpflichtungen oder der Kohlenstoffpreisgestaltung. Barnier erinnerte erneut in seinem Statement, dass für jedes Abkommen über eine wirtschaftliche Partnerschaft mit GBR solide, langfristige Garantien für einen offenen und fairen Wettbewerb und ein stabiles, nachhaltiges und langfristiges Fischereiabkommen essentiell seien. Weiterhin bräuchte man eine effiziente Governance-Struktur mit robusten Durchsetzungs- und Streitbeilegungsmechanismen sowie wirksamen Rechtsmitteln. Dies sei laut Barnier natürlich noch wichtiger nach der Einführung der "Internal Market Bill" durch die britische Regierung, die mit dem Gesetzwurf gegen ihre Verpflichtungen aus dem Austrittsabkommen und dem Protokoll über IRL/Nordirland verstoße. Um eine Einigung zu erzielen, müssten diese Divergenzen in den nächsten Wochen unbedingt überwunden werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_20_1817

C o r o n a

Kommission; DNK, GRI, HUN und SWE nehmen weitere rescEU-Reserve für medizinische Ausrüstung auf

Am 22.09.2020 gab die Kommission bekannt, dass sich auch DNK, GRI, HUN und SWE an der gemeinsamen Bevorratung von Schutz- und medizinischer Ausrüstung für Notfälle beteiligen. Die Einrichtung der Vorräte soll im Rahmen von rescEU von der Kommission finanziell unterstützt werden und eine rasche Verteilung notwendiger Ausrüstung ermöglichen, wenn nationale Gesundheitssysteme überlastet sind. Die medizinische Reserve wurde als Reaktion auf die Covid-19 Pandemie eingerichtet und wird durch das europäische Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen verwaltet. Bislang hatten sich bereits DEU und ROM an der Reserve beteiligt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200922-resceu-reserve_de

Kommission; COVID-19: Neue EU-Risikobewertung und Leitlinien für nicht pharmazeutische Maßnahmen

Das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) hat am 24.09.2020 eine aktualisierte Risikobewertung und neue Leitlinien für nicht pharmazeutische Maßnahmen im Hinblick auf die COVID-19 Pandemie vorgelegt. In seiner Risikobewertung stellt das ECDC fest, dass die bisherigen Maßnahmen nicht ausreichen, um die Pandemie wirksam einzudämmen. Daher müssten bei Ausbrüchen Testungen und Kontaktermittlungen ausgeweitet, der Zugang zu Schutzausrüstung sichergestellt sowie die Kapazitäten im Gesundheitswesen weiter ausgebaut werden. In den Leitlinien hebt das ECDC die Wichtigkeit von präventiver Selbstisolation, der Beschränkung von sozialen Kontakten

und Gruppengrößen, Telearbeit und verstärkter Desinfektion und Belüftung zur Pandemiebekämpfung hervor. Prophylaktische Schulschließungen sieht das ECDC hingegen aufgrund der milden Verläufe bei jungen Menschen nicht als effektive Maßnahme.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/publications-data/covid-19-guidelines-non-pharmaceutical-interventions>

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Erklärung der EU zur sogenannten Amtseinführung in Belarus von Alexander Lukaschenko

In einer am 24.09.2020 herausgegebenen Erklärung des Hohen Vertreters der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell, erkennt die EU die sogenannte Amtseinführung von Alexander Lukaschenko in Belarus nicht an. Die EU fordert ein sofortiges Ende jedweder Gewalt gegenüber dem belarussischen Volk sowie die Freilassung aller Inhaftierten, einschließlich der politischen Gefangenen. Nachdem die EU die Präsidentschaftswahlen vom 09.08.2020 in Belarus als weder frei noch fair bezeichnet hatte, erklärte der Hohe Vertreter, der sogenannten „Amtseinführung“ von Alexander Lukaschenko am 23.09.2020 entbehre jegliche demokratische Legitimation. Die „Amtseinführung“ stehe im direkten Widerspruch zum Willen großer Teile der belarussischen Bevölkerung und werde alleinig zu einer weiteren Vertiefung der politischen Krise in Belarus führen. Die EU erkläre sich solidarisch mit der belarussischen Bevölkerung, die das demokratische Recht besitze, ihr Staatsoberhaupt durch transparente und faire Neuwahlen unter der Aufsicht des Büros für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zu wählen. Nur ein inklusiver nationaler Dialog einschließlich demokratischer Neuwahlen könne die schwere politische Krise in Belarus lösen. Angesichts der derzeitigen Lage überprüft die EU ihre Beziehungen zu Belarus.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200924-belarus_de

Ausschuss der Regionen

AdR; CIVEX-Fachkommissionsitzung

Am 22.09.2020 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission CIVEX für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen statt. Dabei wurden folgende Debatten geführt: „Governance vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise“ und „Situation in Belarus“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2172717&meetingSessionId=2215230>

AdR; COTER-Fachkommissionsitzung

Am 24.09.2020 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Herausforderungen für den öffentlichen Nahverkehr in Städten und Metropolregionen“, „eine verstärkte und erneuerte Partnerschaft mit den Gebieten in äußerster Randlage der EU“ sowie „der Beitrag der EU-Kohäsionspolitik zu einem intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel der Regionen vor dem Hintergrund der Covid 19 Krise“. Darüber hinaus fand ein Meinungs austausch zu

folgendem Arbeitsdokument statt: „Grenzüberschreitende öffentliche Dienstleistungen in Europa“ sowie eine Orientierungsdebatte zum „Paket REACT-EU“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164749&meetingSessionId=2204656>

AdR; ECON-Fachkommissionsitzung

Am 29.09.2020 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission ECON für Wirtschaftspolitik statt. Dabei wurde über folgenden Stellungnahmeentwurf abgestimmt: „Überprüfung der wirtschaftspolitischen Steuerung“. Darüber hinaus fanden Meinungs austausche zu folgenden Themen statt: „Überprüfung der Handels politik“ sowie „Entwicklungen in den künftigen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen der EU und GBR“ und eine Orientierungsdebatte zum „Europäischen Aufbauplan: die Aufbau- und Resilienzfa zilität und das Instrument für technische Unterstützung“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2172231&meetingSessionId=2214559>

AdR; SEDEC-Fachkommissionsitzung

Am 01.10.2020 fand eine virtuelle Sitzung der AdR-Fachkommission SEDEC für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur statt. Dabei wurden folgende Debatten geführt: „Europäische Kompetenzagenda für nachhaltige Wettbewerbsfähigkeit, soziale Gerechtigkeit und Resilienz“ und „Förderung der Jugendbeschäftigung: eine Brücke ins Arbeitsleben für die nächste Generation“.

<https://mportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164224&meetingSessionId=2204025>

W i r t s c h a f t

Eurostat; Jahrbuch der Regionen 2020 mit zwei neuen Kapiteln

Eurostat veröffentlichte am 18.09.2020 ihr Jahrbuch der Regionen 2020. Das Jahrbuch erscheint jährlich und gibt einen statistischen Überblick über die Regionen der EU mit einem breiten Themenspektrum, wie Bevölkerung, Gesundheit, Bildung, Arbeitsmarkt, Lebensbedingungen, Wirtschaft, Unternehmen, Forschung und Innovation, digitale Gesellschaft, Tourismus, Verkehr, Umwelt und Landwirtschaft. Die Ausgabe 2020 enthält ein neues Kapitel über Statistiken im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen. Dieses kann laut Eurostat herangezogen werden, um die Fortschritte bei der Verwirklichung der Ziele der europäischen Säule sozialer Rechte zu analysieren. Zudem enthält es ein weiteres neues Kapitel über die Umwelt und die natürlichen Ressourcen, anhand dessen sich beurteilen lässt, welche Ergebnisse mit dem europäischen Grünen Deal erzielt wurden.

<https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/11337705/1-18092020-AP-DE.pdf/d56fe091-fd36-e6ff-7e99-e48546d387e8>

Rat; Annahme von Ratsschlussfolgerungen zur Vertiefung des Binnenmarkts für eine starke Erholung und ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges Europa

Der Wettbewerbsfähigkeitsrat hat am 18.09.2020 Ratsschlussfolgerungen zur Vertiefung des Binnenmarkts für eine starke Erholung und ein wettbewerbsfähiges, nachhaltiges Europa angenommen. Er betont in diesen u. a. die Bedeutung der Stärkung und Vertiefung des Binnenmarkts für die Erholung der Wirtschaft nach der Corona-Krise. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktregeln zu verbessern und unnötige Hindernisse in der

EU zu beseitigen. Zudem fordert der Rat die Kommission auf, in ihrem Strategiebericht, der bis 15.01.2021 vorgelegt werden soll, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu bewerten und eine Bilanz der Umsetzung des Aktionsplans zur besseren Umsetzung und Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu ziehen.

<https://www.consilium.europa.eu/media/45641/council-conclusions-on-a-deepened-single-market-for-a-strong-recovery-and-a-competitive-sustainable-europa.pdf>

Rat; Videokonferenz „Binnenmarkt und Industrie“ auf Ministerebene

Am 18.09.2020 führten die für Binnenmarkt und Industrie zuständigen Ministerinnen und Minister im Rahmen einer Videokonferenz einen Gedankenaustausch über die vorrangigen Maßnahmen, die zur Wiederherstellung und Verbesserung eines funktionierenden Binnenmarktes erforderlich sind, durch. Die Teilnehmer der Konferenz waren sich weitgehend einig darüber, dass die Integrität des Binnenmarktes rasch wiederhergestellt werden müsse, indem alle vorübergehenden Ausnahmeregelungen einzelner Mitgliedstaaten aus der Zeit der COVID-19-Krise aufgehoben werden. Ein funktionierender Binnenmarkt sei entscheidende Voraussetzung für eine rasche Erholung der Wirtschaft. Dabei wurde die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften („SMET“) als wichtigstes Instrument zur Ermittlung unnötiger Hindernisse für den freien grenzüberschreitenden Waren- und Dienstleistungsverkehr genannt.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2020/09/18/>

EuGH; Genehmigungspflicht für Kurzzeitvermietung von möbliertem Wohnraum ist rechtmäßig

Mit Urteil vom 22.09.2020 entschied der EuGH in den verbundenen Rechtssachen C-724-18 und C-727-18, in der es konkret um die Rechtmäßigkeit von Regelungen im französischen Bau- und Wohnungsbuch und die entsprechenden kommunalen Durchführungsvorschriften in der Gemeindeverordnung der Stadt Paris geht, dass eine Genehmigungspflicht für Kurzzeitvermietung von möbliertem Wohnraum rechtmäßig ist. Der EuGH entschied, dass die Richtlinie 2006/123 (Dienstleistungsrichtlinie, nachfolgend DL-RL) auf eine nationale Regelung über gewerblich oder privat ausgeübte Tätigkeiten der regelmäßigen Kurzzeitvermietung von möblierten Wohnungen an Personen, die sich lediglich vorübergehend in der betreffenden Gemeinde aufhalten, ohne dort einen Wohnsitz zu begründen, anwendbar ist. Eine Genehmigungspflicht, wie in den o.a. nationalen Regelungen enthalten, verstößt nicht gegen die DL-RL, sofern zwingende Gründe des Allgemeininteresses vorliegen. Der EuGH kommt zu dem Ergebnis, dass die Bekämpfung des Mangels an Wohnungen, die längerfristig vermietet werden, einen zwingenden Grund des Allgemeininteresses darstellt, der eine solche Genehmigungsregelung rechtfertigt.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231406&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3581898>

Rat; Informelles Treffen der Minister für Außenhandel

Am 20./21.09.2020 trafen sich die EU-Handelsminister zu einem informellen Treffen in Berlin. Von Seiten der Kommission nahmen sowohl der designierte Handelskommissar und Exekutiv-Vizepräsident der Kommission, Valdis Dombrovskis, sowie der Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton, teil. Auf der Tagesordnung stand ein informeller Austausch über aktuelle Fragen der EU-Handelspolitik, auch mit Blick auf die Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise. Dabei ging es u.a. um einen Austausch über die handelspolitische Überprüfung der Kommission (sog. „Trade Policy Review“) zur Neuausrichtung der EU-Handelspolitik, aber auch über die Lage der europäischen Stahlindustrie. Zudem wurde über Möglichkeiten einer Stärkung des multilateralen Handelssystems und der Welthandelsorganisation (WTO),

mit Fokus auf die anstehende Neubesetzung für die Nachfolge des ausgeschiedenen WTO-Generaldirektors Roberto Azevedo diskutiert.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/handelsminister-eu-altmaier-eu2020/2385972>

Kommission; Neuer Dialog zur Verbesserung der Nachhaltigkeit im Kakaosektor

Die Kommission gab am 22.09.2020 den Startschuss für eine Initiative zur Verbesserung der Nachhaltigkeit im Kakaosektor. Ein neuer Multi-Stakeholder-Dialog soll Vertreter von Côte d'Ivoire und Ghana, den beiden wichtigsten Kakaoerzeugerländern, auf die 70 % der weltweiten Kakaoproduktion entfallen, sowie MdEP, Vertreter der Mitgliedstaaten, der Kakaobauern und der Zivilgesellschaft zusammenbringen. Ziel des Dialogs ist es, konkrete Empfehlungen zur Förderung der Nachhaltigkeit in der gesamten Kakaoversorgungskette durch kollektives Handeln und Partnerschaften zu formulieren.

<https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2185&title=Commission-launches-initiative-for-more-sustainable-cocoa-production>

EuG; Steuerregelung für bestimmte von Werften geschlossene Finanzierungs-Leasingvereinbarungen in ESP ist eine rechtswidrige Beihilfe

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) entschied mit Urteil vom 23.09.2020 in den verbundenen Rechtssachen T-515/13 RENV, dass eine spanische Steuerregelung für bestimmte von Werften geschlossene Finanzierungs-Leasingvereinbarungen eine Beihilferegulung darstellt und gab damit der Kommission in ihrer Rechtsauffassung recht. Damit sind die gewährten rechtswidrigen staatlichen Beihilfen von ihren Empfängern zurückzufordern. Im Jahr 2006 war die Kommission mit Beschwerden über die Anwendung des „spanischen True-Lease-Modells“ (im Folgenden: SEAF) auf bestimmte Finanzierungs-Leasingvereinbarungen befasst worden. Damit wurde den Reedereien in ESP ermöglicht, für den Kauf von Schiffen, die von spanischen Werften gebaut wurden, einen Preisnachlass zu erhalten. Die Kommission fasste 2013 den Beschluss, dass das SEAF eine staatliche Beihilfe in Form eines selektiven Steuervorteils darstelle, die teilweise mit dem Binnenmarkt unvereinbar sei. Dagegen klagte ESP und die Begünstigten. Das EuG kam zu dem Ergebnis, dass die Kommission fehlerfrei das SEAF insgesamt als selektiv ansah und dass ein Nachlass auf den Preis eines Schiffes in der Größenordnung von 20 bis 30% den Wettbewerb auf diesem Markt zu verfälschen droht. Das EuG wies daher den Klagegrund zurück. Bei der Prüfung der Rückforderung der rechtswidrigen Beihilfen verneinte das EuG die behauptete Verletzung des Grundsatzes des Vertrauensschutzes.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-515/13>

Kommission; Strengere Grenzwerte für Anilin in Spielsachen

Die Kommission legte am 24.09.2020 den Entwurf einer Änderungsrichtlinie der Kommission zur Anpassung der spezifischen Grenzwerte für Anilin in bestimmten Spielzeugen gemäß der Richtlinie 2009/48/EG vor und leitete zu dem Entwurf eine Konsultation ein. Anilin wird als krebserregend und erbgutverändernd eingestuft. Die Kommission kann diese Richtlinie, die sich ausschließlich an die Mitgliedstaaten richtet, annehmen, wenn die Mitgliedstaaten keine Einwände erheben. Nach ihrer Annahme erhalten die Mitgliedstaaten 18 Monate Zeit die Richtlinie umzusetzen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12607-Amendment-of-the-Toy-Safety-Directive-to-adapt-the-limit-values-for-aniline>

Kommission; Studie zum Einsatz der Mittel aus „Technischer Hilfe“

Die Kommission hat am 25.09.2020 eine Studie zur Nutzung der Technischen Hilfe für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten im Zeitraum 2014 bis 2020 veröffentlicht. Diese Studie zielt darauf ab, das Verständnis für den geplanten und umgesetzten Einsatz von Technischer Hilfe (TA) auf Initiative der Mitgliedstaaten im Zeitraum 2014-2020 zu verbessern. Sie bietet einen quantitativen Überblick über das TA-Budget für die EU als Ganzes, für Gruppen von Mitgliedstaaten und für Kategorien von TA-Ausgaben. Sie enthält eine detaillierte Bewertung des TA-Budgets für ausgewählte Operationelle Programme, wobei die thematische Aufteilung des Budgets entsprechend einer ursprünglichen Neuklassifizierung der Ausgaben analysiert wird. Sie enthält zudem Beispiele für übertragbare Praktiken der Nutzung von TA-Ressourcen für den Aufbau von Verwaltungskapazitäten und die Identifizierung interner und externer Faktoren, die die Wirksamkeit von Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten beeinflussen.

https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docgener/studies/pdf/ta_admin_cap_buid_en.pdf

Kommission; Erwerb eines Teils von Real Digital durch Kaufland genehmigt

Die Kommission hat mit Beschluss vom 25.09.2020 gemäß der EU-Fusionskontrollverordnung die Übernahme eines Teils von Real Digital, das derzeit von der luxemburgischen SCP Retail Operations S.à.r.l. kontrolliert wird, durch die Kaufland Stiftung & Co. KG ("Kaufland") in DEU, die von der Schwarz Gruppe in DEU, kontrolliert wird, genehmigt. Real Digital ist das digitale Geschäft der Real-Gruppe, das den Online-Einzelhandel mit Lebensmitteln und Non-Food-Konsumgütern des täglichen Bedarfs sowie einen digitalen Marktplatz umfasst. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass durch die geplante Fusion nur begrenzte gemeinsame Marktpositionen entstünden und hat daher keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken erhoben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_20_1745

Kommission; Fahrplan für einen Aktionsplan für Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie

Die Kommission veröffentlichte am 25.09.2020 einen Fahrplan für einen geplanten Aktionsplan für Synergien und gegenseitige Unterstützung zwischen der Zivil-, Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie. Diese Industrien würden sich nach Auffassung der Kommission einem beispiellosen globalen Wettbewerb in einem sich wandelnden geopolitischen Kontext gegenüberstehen. Da der globale Wettbewerb immer härter würde und die EU mit den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise konfrontiert sei, müsse die Verteidigungs- und Raumfahrtindustrie der EU Ressourcen und Technologien effektiver nutzen, wenn sie ihre Wettbewerbsfähigkeit erhalten und verbessern sowie den Nutzen für die Wirtschaft und Gesellschaft insgesamt maximieren wolle. Eine engere und zielgerichtete Koordinierung in den neuen EU-Programmen im Rahmen eines Aktionsplans hätte das Potenzial, die erwartete Rendite von Investitionen zu vervielfachen. Eine Rückmeldung zum Fahrplan der Kommission ist bis zum 23.10.2020 möglich.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12611-Action-Plan-on-synergies-and-cross-fertilisation-between-the-civil-defence-and-space-industries>

Rat; informelles Treffen der für Tourismus zuständigen Ministerinnen und Minister

Am 28.09.2020 fand ein informeller Austausch zwischen den für Tourismus zuständigen Ministerinnen und Minister im Rahmen einer Videokonferenz statt. Die

Ministerinnen und Minister tauschten sich darüber aus, wie die Tourismusbranche die akuten Folgen der COVID-19 Pandemie bewältigen und der Revitalisierungsprozess am besten fortgesetzt und ein widerstandsfähigerer Tourismus in der EU gestaltet werden könne.

<https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/09/20200928-tourismusministerinnen-und-minister-eroertern-wie-sich-der-tourismus-in-europa-nach-der-covid-19-pandemie-robuster-aufstellen-kann.html>

Rat: Videokonferenz zur „Implementierung und strategischen Ausrichtung der künftigen Instrumente der EU-Kohäsionspolitik“

Statt der ursprünglich geplanten hochrangigen Kohäsionskonferenz fand am 29.09.2020 eine Videokonferenz zur „Implementierung und strategischen Ausrichtung der künftigen Instrumente der EU-Kohäsionspolitik“ statt. Im Rahmen einer virtuellen Tischrunde unter Beisein von Regionalkommissarin Elisa Ferreira und MdEP Younous Omarjee (GUE/FRA), Vorsitzender des Regionalausschusses des EP sowie den beiden Ko-Berichterstattem im EP zur sog. Dachverordnung der Fonds in geteilter Mittelverwaltung ab 2021 MdEP Andrey Novakov (EVP/BUL) und MdEP Constanze Krehl (S&D/DEU) haben sich die Teilnehmer in erster Linie über die künftige Rolle der Strukturfonds zur Bewältigung der Folgen der COVID-19 Pandemie ausgetauscht. Dabei ging es u.a. um die strategische Ausrichtung, Abgrenzung und Zusammenspiel der Instrumente in der neuen Förderperiode (2021 – 2027). Ziel ist der bestmögliche Einsatz bewährter und neuer Instrumente der EU-Kohäsionspolitik zur wirksamen Krisenbewältigung und dem innovativen und grünen wirtschaftlichen Wandel in den Regionen.

<https://www.eu2020.de/eu2020-en/news/pressemitteilungen/high-level-conference-future-european-cohesion-and-structural-policy/2398520>

Kommission; Startschuss für die europäische Rohstoffallianz

Vizepräsident Maroš Šefcovic und Binnenmarktkommissar Thierry Breton haben am 29.09.2020 die europäische Rohstoffallianz ins Leben gerufen. Sie war von der Kommission in ihrem Aktionsplan zu kritischen Rohstoffen vom 03.09.2020 bereits angekündigt worden (vgl. BaB 16/2020). Die Allianz soll alle maßgeblichen Interessenträger aus Industrie, Mitgliedstaaten und Zivilgesellschaft zusammenführen, um die Versorgung mit seltenen Erden und Magneten zu sichern. Sie soll Investitionshemmnisse und neue Möglichkeiten, etwa im Bergbau oder der Müllverarbeitung, identifizieren und gleichzeitig die Nachhaltigkeit und soziale Auswirkungen im Blick behalten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_20_1776

Kommission; Verhängung von Geldbußen an Automobilzulieferer in einem Vergleichsverfahren

Die Kommission hat mit Beschluss vom 29.09.2020 die Unternehmen Brose (Hauptsitz in Coburg) und Kiekert (Hauptsitz in Heiligenhausen) wegen ihrer Beteiligung an zwei Kartellen, die die Lieferung von Schließsystemen für Automobile im Europäischen Wirtschaftsraum betrafen, mit einer Geldbuße von insgesamt 18 Mio. EUR belegt. Gegen Magna (ansässig in Kanada) wurde keine Geldbuße verhängt, da das Unternehmen die Kommission über beide Kartelle informiert hatte. Magna und Brose beteiligten sich an einem bilateralen Kartell für Türmodule und Fensterheber, die für bestimmte Automodelle der Daimler-Gruppe geliefert wurden. Das von Magna und Kiekert gebildete Kartell betraf die Lieferung von Schlössern und Schlosshaltern für BMW und Daimler. Alle drei Unternehmen räumten ihre Kartellbeteiligung ein und stimmten einem Vergleich zu.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1774

Europäischer Rechnungshof; Stellungnahme zum Vorschlag der Kommission für eine Darlehensfazilität zur Förderung grüner Investitionen durch den öffentlichen Sektor

Am 30.09.2020 veröffentlichte der Europäische Rechnungshof (EuRH) eine Stellungnahme zum Vorschlag für eine Verordnung des EP und des Rates über die Darlehensfazilität zur Förderung grüner Investitionen durch den öffentlichen Sektor im Rahmen des Mechanismus für den gerechten Übergang (vgl. BaB 11/2020). Die Stellungnahme äußert zunächst einige grundsätzliche Kritikpunkte. So würde der Vorschlag zwar von der Kommission als Antwort auf die Klima- und Umweltherausforderungen mit dem Europäischen Green Deal begründet, aber es würden im Verordnungsentwurf klare Verbindungen zu den Klimazielen der EU fehlen. Außerdem fehle es an einer Analyse, was mit den bisherigen EU-Geldern, die die Regionen zur Erreichung der Klimaziele erhalten hätten, erreicht wurde. Zudem äußert er eine ganze Reihe von spezifischen Kritikpunkten.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/OP20_08/OP20_08_EN.pdf

Europäische Investitionsbank; Unterstützung von kleinen und mittelständische Unternehmen in der Coronakrise durch Bereitstellung einer Garantie an die Commerzbank AG

Die EIB-Gruppe, bestehend aus der Europäischen Investitionsbank (EIB) und dem Europäischen Investitionsfonds (EIF), hat der Commerzbank AG am 01.10.2020 eine Garantie von rund 125 Mio. EUR bereitgestellt. Damit wird die Mezzanine-Tranche eines bestehenden Portfolios von Krediten an mittelständische Unternehmen besichert. Durch diese Garantie wird aufsichtsrechtliches Kapital der Commerzbank frei, sodass sie weitere 500 Mio. EUR zu günstigen Konditionen an mittelständische Unternehmen in DEU vergeben kann. Das soll die Auswirkungen der Coronakrise auf kleinere Unternehmen, Selbstständige und „Midcaps“ abfedern, die derzeit mit Liquiditätsengpässen zu kämpfen haben. Für diese Garantie wird der Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) genutzt. Durch die unterzeichnete Garantie übernimmt die EIB im Rahmen einer synthetischen Verbriefung mit der Commerzbank das Mezzanine-Risiko. Der EIF wiederum stellt der Commerzbank eine Garantie für ein bestehendes Portfolio von Mittelstands-Krediten. Die Garantieverpflichtungen des EIF werden vollständig durch eine Rückgarantie der EIB abgedeckt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1773

V e r k e h r

Kommission; Neuer Verordnungsvorschlag für einen einheitlichen Europäischen Luftraum

Die Kommission unterbreitete am 22.09.2020 einen Vorschlag zur Modernisierung des Regulierungsrahmens für den Einheitlichen Europäischen Luftraum (Single European Sky - SES). Die Kommission bezweckt mit dem Vorschlag, unnötige Umwege zwischen Luftraumblöcken zu vermeiden, weil dieses zu Verspätungen und erhöhtem Treibstoffverbrauch führe. Ein effizientes Flugverkehrsmanagementsystem bedeutet aus Sicht der Kommission eine direktere Streckenführung und weniger Energieverbrauch. Der Vorschlag für eine Verordnung wird dem Rat und dem EP zur Zustimmung vorgelegt. Nach der endgültigen Annahme des Vorschlags müssen anschließend Durchführungsrechtsakte und delegierte Rechtsakte ausgearbeitet werden, um die technischen Aspekte zu regeln.

https://ec.europa.eu/transport/modes/air/news/2020-09-22-ses-more-sustainable-and-resilient-air-traffic-management_en

Energie

Fahrplan zur Überarbeitung der Ökodesign-Richtlinie

Die Kommission veröffentlichte am 14.09.2020 einen Fahrplan für den geplanten Entwurf für eine Überarbeitung der Richtlinie über energiebezogene Produkte (Ökodesign-Richtlinie). Bis zum 02.11.2020 kann zu einer Folgenabschätzung in der Anfangsphase Stellung genommen werden. Die Initiative, zielt darauf ab, in der EU in Verkehr gebrachte Produkte nachhaltiger zu machen. Langlebigere, leichter wiederverwendbare und reparierbare, recyclingfähigere und energieeffizientere Produkte würden den Verbrauchern, der Umwelt und dem Klima zugutekommen. Die Initiative wird sich auch mit schädlichen Chemikalien in Produkten befassen, etwa in Elektronikgeräten und IKT-Ausrüstung, Textilien, Möbeln, Stahl, Zement und Chemikalien.

https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12567-Sustainable-Products-Initiative?utm_source

EuGH; Urteil in der Frage Staatlicher Beihilfen für Kernkraftwerk Hinkley-Point C

Mit seinem Urteil vom 22.10.20 in der Rechtssache C-594/18P wies der EuGH die Rechtsmittel aus AUT zurück und bestätigt den Beschluss, mit dem die Kommission die britischen Beihilfen zugunsten des Kernkraftwerks Hinkley Point C genehmigt hat. Die Klage auf Nichtigerklärung des Beschlusses der Kommission sei zu Recht abgewiesen worden. GBR wollte die Beihilfen zur Schaffung neuer Kapazitäten für die Erzeugung von Kernenergie zugunsten eines Blocks C des Kernkraftwerks Hinkley Point in Somerset in GBR gewähren. Laut EuGH kann auch der Bau eines Kernkraftwerkes grundsätzlich beihilfefähig sein, wenn die Beihilfe als mit dem Binnenmarkt vereinbar angesehen werden kann. Der EuGH betonte außerdem das Recht der Mitgliedsstaaten, die allgemeine Struktur ihrer Energieversorgung zu bestimmen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231405&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5068319>

Digital

Kommission; Vorschlag für eine neue EuroHPC-Verordnung

Die Kommission hat am 18.09.2020 eine neue Verordnung des Rates für ein Gemeinsames Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC) vorgeschlagen. Der Rechtsakt soll die im Oktober 2018 angenommene Verordnung (EU) 2018/1488 ersetzen, mit der das Gemeinsame Unternehmen seinerzeit gegründet worden war. Ziel der Union ist es, bis 2022 oder 2023 eine Rechenleistung auf Exa-Niveau zu erreichen, d.h., dass die Rechnersysteme in der Lage sind, 10^{18} Rechenoperationen pro Sekunde auszuführen. Rechner mit derartigen Kapazitäten gelten, so die Erwägungsgründe des neuen Verordnungsentwurfs, als „Motor“ der Datenwirtschaft mit dem Potential, Schlüsseltechnologien wie Künstliche Intelligenz, Datenanalytik und Cybersicherheit zu ermöglichen. Inhaltlich führt die neue Verordnung erstens zu einer maßgeblichen Erhöhung des Budgets auf 8 Mrd. EUR bis 2033. Dies hatte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen in ihrer Rede zur Lage der Union am 16.09.2020 bereits angekündigt. Die Mittel dafür sollen aus dem Forschungsprogramm Horizont Europa, dem Programm Digitales Europa und der Connecting Europe Fazilität (CEF) stammen. Zweitens erweitert die neue Rechtsgrundlage das EuroHPC-Projekt auf Quantencomputer und Hybridrechner, die

Elemente des Quanten- und des klassischen Rechnens kombinieren und in der Lage sein sollen, Operationen durchzuführen, zu denen derzeit kein Supercomputer in der Lage ist.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/proposal-council-regulation-establishing-european-high-performance-computing-joint-0>

Kommission; Empfehlung zur Beschleunigung des Ausbaus der Fest- und Mobilfunknetze

Die Kommission hat am 18.09.2020 eine Empfehlung an die Mitgliedstaaten veröffentlicht, in der sie diese auffordert, verstärkt in Hochleistungsnetze zu investieren und so auch die wirtschaftliche Erholung nach der COVID-19-Krise zu fördern. Die Empfehlung soll die Mitgliedstaaten bei der Erarbeitung ihrer nationalen Aufbaupläne für den Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ im Bereich Konnektivität unterstützen. Die Kommission will die Mitgliedstaaten anleiten, bewährte Praktiken zu entwickeln, um den Aufbau von Netzen mit sehr hoher Kapazität zu beschleunigen und Kosten zu senken, Zugang zu 5G-Funkfrequenzen zügig zu gewähren und Investitionen der Betreiber in den Ausbau ihrer Netzinfrastrukturen zu fördern, sowie Frequenzuteilungen grenzüberschreitend besser zu koordinieren, insbesondere im Bereich Industrie und Verkehr. Um diese Ziele zu erreichen, sollen die Mitgliedstaaten – in enger Zusammenarbeit mit der Kommission – bis zum 20.12.2020 ein Instrumentarium, eine sog. Toolbox, für den zügigen Ausbau von Fest- und Mobilfunknetzen mit sehr hoher Kapazität (einschließlich 5G-Netzen) erarbeiten und sich bis zum 30.03.2021 auf diese Toolbox verständigen. Bis zum 30.04.2021 sollen sie der Kommission einen Fahrplan für die Umsetzung der Toolbox vorlegen und bis zum 30.04.2022 über die erfolgte Umsetzung berichten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1603

EP; Sonderausschuss Künstliche Intelligenz (AIDA) konstituiert

Am 23.09.2020 hat sich der EP-Sonderausschuss „Künstliche Intelligenz im digitalen Zeitalter“ (AIDA) konstituiert. Zu seinem Vorsitzenden wählte der Ausschuss MdEP Dragoș Tudorache (RE/ROM). Erste stellvertretende Vorsitzende ist MdEP Miapetra Kumpula-Natri (S&D/FIN), zweiter stellvertretender Vorsitzender MdEP Geoffroy Didier (EVP/FRA), dritte stellvertretende Vorsitzende MdEP Edina Tóth (EVP/HUN) und als vierte stellvertretende Vorsitzende wurde MdEP Birgit Sippel (S&D/DEU) gewählt (alle per Akklamation). Das Plenum des EP hatte am 18.06.2020 beschlossen, den Sonderausschuss einzurichten. Er soll die künftigen Auswirkungen von Künstlicher Intelligenz (KI) auf die Wirtschaft in der EU, insbesondere in den Bereichen Kompetenzen, Beschäftigung, Finanztechnologie, Bildung, Gesundheit, Verkehr, Tourismus, Landwirtschaft, Umwelt, Verteidigung, Industrie, Energie und eGovernment analysieren. Ferner soll er die Herausforderungen von KI sowie ihren Nutzen für Unternehmen und ihren Beitrag zum Wirtschaftswachstum untersuchen und auch den Ansatz von Drittstaaten und deren Beitrag im Hinblick auf die Ergänzung der Maßnahmen der EU behandeln. Er wird einen Abschlussbericht erarbeiten; sein Mandat beträgt zwölf Monate.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/aida/home/highlights>

EP; Berichte zum Digital Services Act angenommen

Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) und der Rechtsausschuss (JURI) haben ihre jeweiligen Berichte zum geplanten Gesetz über digitale Dienste (sog. Digital Services Act, DSA) angenommen. Der IMCO hat am 28.09.2020 mit breiter Mehrheit den Initiativbericht „Gesetz über digitale Dienste: Verbesserung der Funktionsweise des Binnenmarkts“ von Berichterstatter MdEP Alex Agius Saliba (S&D/MTA) verabschiedet. Fast 920 Änderungsanträge waren

eingebraucht worden. Der Bericht befasst sich mit Fragen des Grundrechts- und Datenschutzes, Transparenz- und Verbraucherschutzregeln, illegalen Inhalten auf Plattformen, Online-Marktplätzen, Regeln für sog. Torwächter-Plattformen und einem Überwachungs- und Durchsetzungssystem. Als grundsätzliches Prinzip gibt der Initiativbericht aus: „Was offline illegal ist, ist auch online illegal“. Der am 01.10.2020 im JURI verabschiedete Bericht „Gesetz über digitale Dienste: Anpassung der handels- und zivilrechtlichen Vorschriften für online tätige Unternehmen“ von Berichterstatter MdEP Tiemo Wölken (S&D/DEU) fordert, die zivil- und handelsrechtlichen Regelungen für Online-Wirtschaftsakteure umfassend zu reformieren. Der Bericht, zu dem knapp 500 Änderungsanträge vorlagen, befasst sich mit der Löschung illegaler Inhalte (sog. Notice and Take down), intelligenten Verträgen (sog. smart contracts), zielgerichteter personalisierter Werbung, Daten und Interoperabilität und Fragen der Überwachungsarchitektur. Der Bericht fordert die Kommission auf, den DSA alsbald vorzulegen. Er soll eine Verordnung mit vertraglichen Rechten zum Umgang mit Online-Inhalten, einschließlich der Moderation und des Kuratierens, enthalten.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/imco/home/highlights> (IMCO)

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/juri/home/highlights> (JURI)

EP; Initiativberichte zu Künstlicher Intelligenz angenommen

Der Rechtsausschuss (JURI) hat am 01.10.2020 drei Initiativberichte zum Thema Künstliche Intelligenz (KI) angenommen. Der Bericht von MdEP Ibán García Del Blanco (S&D/ESP) befasst sich mit ethischen Aspekten von KI. Er fordert die Schaffung eines harmonisierten EU-Rechtsrahmens für Hochrisiko-Technologien. Eine Verordnung soll für in der Union entwickelte, eingesetzte oder genutzte KI, Robotik und damit zusammenhängende Technologien, einschließlich der von solchen Technologien genutzten oder erstellten Software, Algorithmen und Daten, ethische Anforderungen festlegen. Der Bericht von MdEP Axel Voss (EVP/DEU) widmet sich Fragen der zivilrechtlichen Haftung. Er schlägt eine Verordnung vor, die die zivilrechtliche Haftung des KI-Anwenders („Operator“) entsprechend eines risikobasierten Ansatzes auf EU-Ebene harmonisiert. Der Geltungsbereich ist weit gefasst: Sowohl der „Frontend Operator“ als auch der „Backend Operator“ sollen grundsätzlich haften (gegebenenfalls gesamtschuldnerisch), und zwar sowohl für materielle Schäden als auch für immaterielle Schäden, die einen wirtschaftlichen Schaden über einer bestimmten Schwelle hervorrufen. Für Anwendungen mit hohem Risiko soll der Operator verschuldensunabhängig haften und verpflichtet sein, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Vorbild ist die Halterhaftung für Kraftfahrzeuge bzw. die Tierhalterhaftung. Der Bericht von MdEP Stéphane Séjourné (RE/FRA) erörtert Fragen des gewerblichen Rechtsschutzes und KI. Er kritisiert, dass das Weißbuch KI der Kommission vom 19.02.2020 den Schutz der Rechte des geistigen Eigentums bei der Entwicklung von KI ungeachtet ihrer wichtigen Bedeutung nicht adressiert hat. Die Abgeordneten fordern die Kommission auf, eine Folgenabschätzung zum Schutz des geistigen Eigentums im Zusammenhang mit KI zu erstellen.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/juri/meetings/meeting-documents>

Europäischer Rechnungshof; Bericht über Kommissionsinitiative zur Digitalisierung der Industrie

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 22.09.2020 den Sonderbericht 19/2020 über die Initiative der Kommission zur Digitalisierung der europäischen Industrie (DEI-Initiative) aus dem Jahr 2016 veröffentlicht. Die Prüfer hatten vier Mitgliedstaaten (DEU, POL, PTL und HUN) besucht, um sich vor Ort über die erzielten Fortschritte zu informieren. So wurde untersucht, inwieweit die EU die nationalen

Strategien zur Digitalisierung der Industrie und die Digital Innovation Hubs (DIH) in wirksamer Weise unterstützt. Außerdem wurde gemeinsam mit den Mitgliedstaaten die Umsetzung dieser Strategien bewertet. Der EuRH kommt zu dem Ergebnis, dass die Initiative in den Mitgliedstaaten unterschiedlich schnell vorangetrieben wird. Einige Mitgliedstaaten verfügen noch immer nicht über nationale Digitalisierungsstrategien, oder sie haben bestimmte spezifische Maßnahmen nicht ergriffen, wie etwa die Einrichtung von DIHs. DEU und PTL verfügen über Strategien, doch HUN und POL hatten im Jahr 2019 noch keine umfassende nationale Digitalisierungsstrategie entwickelt. Mit Ausnahme von DEU ist das Konzept des DIH, so das Ergebnis der Prüfung, in den besuchten Mitgliedstaaten nicht vollständig entwickelt worden. Schließlich betont der EuRH, dass die Digitalisierung eine gute Breitbandanbindung voraussetzt.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_19/SR_digitising_EU_industry_DE.pdf

F o r s c h u n g

Kommission; Forschung; Vorschläge für Forschungsmissionen

Die letzten Vorbereitungen für das kommende Forschungsrahmenprogramm der EU „Horizont Europa“ für die Förderperiode ab 2021 werden aktuell von den Institutionen vorgenommen, um einen pünktlichen Start des Programms zu garantieren. Dies gilt auch für ein Novum in Horizont Europa – den neuen „Missionen“, die gesamtgesellschaftlich relevante Forschungsaufträge in dringenden Bereichen darstellen werden. Missionen sollen dabei helfen, bis zum Jahr 2030 Lösungen für die drängendsten gesellschaftlichen Herausforderungen zu erarbeiten und damit entscheidend zu einem „grüneren, gesünderen und widerstandsfähigeren Europa“ beizutragen. Bereits im Juni 2020 hatte die Kommission Zwischenberichte zu den neu geplanten Missionen unter Horizont Europa veröffentlicht – es sind dies die Missionsbereiche Anpassung an den Klimawandel, einschließlich der gesellschaftlichen Veränderungen, Krebs, Gesunde Ozeane, Meere, Küsten- und Binnengewässer sowie klimaneutrale intelligente Städte und Bodengesundheit und Ernährung. Jeder Mission wird je nach zugrundeliegender „Herausforderung“ ein eigenes Budget und Zeitschienen für die Aufgabenbereiche vorgegeben werden. Im Sommer hatte die Kommission zudem einen Bürgerdialog zur Ausgestaltung ausgerichtet. Nun ist eine weitere Etappe absolviert worden: am 22.09.2020 haben die Vorsitzenden der „Mission Boards“, einer Art Steuerungsgruppe der einzelnen Missionen, ihre endgültigen Vorschläge öffentlich unterbreitet. Dies geschah im Rahmen der „Research and Innovation Days“, einer forschungspolitischen Veranstaltung, die die Kommission (Generaldirektion Forschung) online ab dem 22.09.2020 über Horizont Europa ausrichtete. Bis Ende 2020 wird die Kommission dann – vor Finalisierung der letzten Züge des neuen Forschungsrahmenprogramms – endgültig über den Zuschnitt der Missionen entscheiden und diese schriftlich festlegen, zunächst in Form einer Mitteilung.

https://ec.europa.eu/info/news/top-experts-hand-over-their-proposals-eu-missions-commission-greener-healthier-and-more-resilient-europe-2020-sep-22_de

Kommission; Europäischer Grüner Deal; Förderausschreibung

Die Vorbereitungen für die umfangreiche Förderausschreibung in der Klimaschutzforschung laufen seit einigen Monaten an. Am 17.09.2020 hat die Generaldirektion Forschung der Kommission die Ausschreibung zum „Europäischen Grünen Deal“ finalisiert und kürzlich veröffentlicht. Relevant ist, dass bereits das noch

laufende Forschungsrahmenprogramm Horizont 2020 hierfür genutzt werden kann, obwohl es sich bei dem Grünen Deal um eine Priorität vor allem des kommenden Programms Horizont Europa handeln wird. Bei der Ausschreibung zum Green Deal handelt es sich um die letzte und größte Ausschreibung unter Horizont 2020 für die Einreichung von Vorschlägen. Mit einem Gesamtvolumen von 1 Mrd. EUR sollen Forschungs- und Innovationsprojekte gefördert werden, die zur Erreichung der Ziele des European Grünen Deals beitragen. Es handelt sich um eine Ausschreibung, die verschiedene Dimensionen und Forschungsfragen adressiert. Die Ausschreibung hat insofern eine Sonderstellung inne, als sie angesichts der Dringlichkeit der anstehenden Probleme weniger, aber gezieltere, umfassendere und sichtbarere Maßnahmen fördern soll, wobei der Schwerpunkt auf der schnellen Umsetzung, Verbreitung und Anwendung liegt. Die Ausschreibung ist in acht Themenbereiche untergliedert. Hierzu gehören die Verstärkung der Klimaschutzbemühungen, saubere, erschwingliche und sichere Energie, Energie und Ressourceneffizienz in Gebäuden, Kreislaufwirtschaft, Mobilität, Biologische Vielfalt und Ökosysteme sowie eine giftfreie Umwelt. Daneben umfasst sie auch zwei horizontale Bereiche: Stärkung des Wissens und die Stärkung der Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger. Ende der Bewerbungsfrist ist der 26.01.2021. Die ausgewählten Projekte sollen im Herbst 2021 starten.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1669

Rat; Forschungsrat; Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa;

Am 29.09.2020 hat turnusmäßig ein Rat für Wettbewerbsfähigkeit in der Formation Forschung stattgefunden. Die Ministerinnen und Minister befassten sich dabei mit zwei wichtigen Tagesordnungspunkten: der Verordnung für das neue Forschungsrahmenprogramm Horizont Europa sowie auch dem einschlägigen Beschluss zu den Programmspezifika. Die Befassung auf Ministerebene war besonders wichtig, um auf einen pünktlichen Start des Programms ab Beginn des kommenden Jahres hinzuarbeiten. Denn die drei Institutionen Rat, Kommission und EP hatten sich bereits im März 2019 auf die Grundregeln von Horizont geeinigt, doch wichtige Elemente blieben noch außen vor. Der Rat beschloss nun unter deutschem Vorsitz allgemeine Ausrichtungen zu beiden Rechtstexten, die nun mit dem EP endverhandelt werden müssen. Der MFR-Beschluss des Gipfels von Juli d.J. sah im Vergleich zur Position der Kommission Kürzungen für das Horizont-Programm vor. Daher beschloss der Rat nun eine Position, die diese Kürzungen für alle Komponenten in Horizon widerspiegelt. Eine Ausnahme stellt das MSCA-Marie-Curie-Mobilitätsprogramm dar, welchem rund 200 Mio. EUR aus dem Budget des EIC (Innovationsrat) zugewiesen werden. Zudem wurden Regelungen für die internationale Zusammenarbeit mit Drittstaaten getroffen. Die gewünschte internationale Kooperation mit Organisationen kann bei Bedarf eingeschränkt werden, um die technologische Souveränität der EU zu sichern, was von Rat und Kommission überprüft wird. Ferner beschloss der Rat seine Position zu Synergien, die sich aus der Nutzung von Horizont Europa und EU-Strukturfonds ergeben sollen, bei EFRE v.a. im Industriebereich. Die deutsche Ratspräsidentschaft drang im Anschluss an die Sitzung auf eine baldige Ratifizierung. Im EP deutet sich wiederum Widerstand gegen die vorgesehenen signifikanten Budgetkürzungen in Horizont Europa an.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/09/29/council-finalises-its-position-on-the-horizon-europe-package/>

Kommission; Mitteilung zum Europäischen Forschungsraum (EFR)

Am 30.09.2020 hat die Kommission eine nicht-legislative Mitteilung zum neuen Europäischen Forschungsraum (EFR) verabschiedet. Ziel ist es, mit einem neuen EFR zu einer besseren Forschungs- und Innovationslandschaft in der EU zu gelangen.

Digitalisierung und Klimaneutralität sowie die wirtschaftliche Erholung sind dabei wichtige Leitplanken. Bekräftigt wird im Dokument, dass die Mitgliedstaaten 3% des BIP in Forschung und Innovation investieren sollen. Spätestens bis 2030 sollen 5% der nationalen öffentlichen Förderung für gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprogramme und europäische Partnerschaften bereitgestellt werden. Für das neue Rahmenprogramm Horizont Europa verfolgt die Kommission im EFR das bereits verankerte Exzellenz-Prinzip, wonach diejenigen Forschenden mit den besten Ideen förderwürdig sind. Um Forschungsergebnisse schneller in die Realwirtschaft einfließen zu lassen, will die EU-Kommission die Ausarbeitung von gemeinsamen Technologieplänen mit der Industrie verfolgen. Für das kommende Jahr sieht die EU-Kommission einen noch nicht näher bekannten „Pakt für F&I in Europa“ vor, der „Bestrebungen für gemeinsame politische Strategien und Grundsätze“ bestärken soll. Zur Thematik EFR hatten mehrere deutsche Länder mit Unterstützung von Hessen am 28.09.2020 in Brüssel eine Fachkonferenz ausgerichtet („Universities as a key element of the European Research Area“). Dabei setzten sich alle mitwirkenden Länder für eine Stärkung des EFR und eine spürbare Aufstockung des Budgets für Horizont Europa ein. Der Europäische Rat hatte im Juli 2020 das Budget für das Forschungsrahmenprogramm gekürzt, die Verhandlungen über den EU-Haushalt laufen aktuell aber noch mit dem EP. Auf der Veranstaltung bekräftigte Generaldirektor Jean-Eric Paquet (Generaldirektion Forschung der Kommission), dass die Hochschulen Treiber in der Forschungs- und Innovationsagenda bleiben sollen. Hochschulen sollten auch künftig, wie auch schon in ihrer Geschichte, Wächterinnen akademischer Freiheit und Meinungsfreiheit sein. Hochschulen würden gewiss dieser Aufgabe auch im neuen Europäischen Forschungsraum gerecht werden. Paquet rief im Lichte der aktuellen Situation die Mitgliedstaaten dazu auf, entsprechende Investitionen in Forschung und Innovation vorzunehmen. Aus den fehlenden Investitionen im Forschungs- und Entwicklungsbereich im Krisenjahr 2008 sollte man die Lehren ziehen.

<https://wissenschaft.hessen.de/presse/pressemitteilung/hessen-setzt-sich-fuer-staerkung-des-europaeischen-forschungsraums-ein>

Finanzdienstleistungen

Kommission; Fristverlängerung für Marktteilnehmer im Zusammenhang mit CCPs

Die Kommission hat am 21.09.2020 bekannt gegeben, mit einem zeitlich befristeten Beschluss Finanzmarktteilnehmern 18 Monate Zeit zu geben, um ihre Exponierung gegenüber zentralen Gegenparteien (CCPs) in GBR zu verringern. Die starke Abhängigkeit des Finanzsystems der EU von den Dienstleistungen der in GBR ansässigen CCPs wirft wichtige Fragen hinsichtlich der Finanzstabilität auf und macht die Verringerung der Exponierung der EU gegenüber diesen Infrastrukturen notwendig. Ziel des befristeten Gleichwertigkeitsbeschlusses ist es, die Finanzstabilität in der EU zu wahren und den Marktteilnehmern die nötige Zeit zu geben, um ihre Exponierung gegenüber zentralen Gegenparteien in GBR zu verringern.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1713

EuG; Beschluss des Einheitlichen Abwicklungsausschusses über Beitragsfestsetzung zum Einheitlichen Abwicklungsfonds in drei Fällen nichtig

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) hat am 23.09.2020 in einem Nichtigkeitsklageverfahren den Beschluss des Einheitlichen Abwicklungsausschusses

(Single Resolution Board – SRB) über die Berechnung der im Voraus erhobenen Beiträge zum Einheitlichen Abwicklungsfonds für 2017 für nichtig erklärt und die teilweise Rechtswidrigkeit der Delegierten Verordnung 2015/63 festgestellt. Das EuG begründet seine Entscheidungen damit, dass der angefochtene Beschluss nicht hinreichend festgestellt und begründet sei. Daraus resultiere, dass die Berechnung der Beiträge der Landesbank Baden-Württemberg (Deutschland), der Hypo Vorarlberg Bank (Österreich) und der Portigon AG (Deutschland) eine inhärente Intransparenz aufweisen würden. Im Klageverfahren der Landesbank Baden-Württemberg (Rechtssache T-411/17) kommt das Gericht zudem zu der Einschätzung, dass die Delegierte Verordnung 2015/63 teilweise rechtswidrig und somit auch der Anspruch auf effektiven Rechtsschutz verletzt sei.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-09/cp200115de.pdf>

Kommission; Aktionsplan zur Kapitalmarktunion

Die Kommission hat am 24.09.2020 einen neuen Aktionsplan zur weiteren Vertiefung der Kapitalmarktunion vorgestellt. Der aus 16 Einzelmaßnahmen bestehende Aktionsplan soll einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie leisten. Zur Erreichung dieses Ziels wurden seitens der Kommission drei Hauptziele im Aktionsplan formuliert: Die Gewährleistung einer grünen, digitalen, inklusiven und widerstandsfähigen wirtschaftlichen Erholung in der EU, indem europäischen Unternehmen, insbesondere KMU, der Zugang zu Finanzierungen erleichtert wird. Die Ausgestaltung eines EU-Finanzplatzes, an dem Privatpersonen in einem sicheren Umfeld langfristig sparen und investieren können, sowie die Integration der nationalen Kapitalmärkte in einen EU-weiten Kapitalbinnenmarkt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_1677

Kommission; Digital-Finance-Paket vorgestellt

Die Kommission hat am 24.09.2020 ein neues Paket zur Digitalisierung des Finanzsektors (Digital-Finance-Paket) veröffentlicht, das Strategien zur Errichtung eines digitalen Finanzwesens und für den Massenzahlungsverkehr sowie Legislativvorschläge zu Kryptowerten und zur Stabilität digitaler Systeme umfasst. Durch die Maßnahmen soll Europas Wettbewerbsfähigkeit und Innovationen im Finanzsektor gefördert werden, sodass die EU in diesem Bereich weltweit Maßstäbe setzen kann. Die Kommission möchte mit ihrem Paket die Vorschriften für Verbraucher sicherer gestalten und verstärkt digital ausrichten und dadurch verantwortungsbewusste Innovationen im EU-Finanzsektor – insbesondere im Hinblick auf hochinnovative Start-ups aus dem IT-Bereich – fördern. Gleichzeitig sollen potenzielle Risiken in den Bereichen Anlegerschutz, Geldwäsche und Cyberkriminalität reduziert werden. Insgesamt ist das Maßnahmenpaket darauf angelegt, ein Mehr an digitaler Souveränität und Währungshegemonie zu erlangen.

https://ec.europa.eu/info/publications/200924-digital-finance-proposals_en

Europäischer Rechnungshof; EU-Maßnahmen als Reaktion auf die Krise der Jahre 2008-2012 verbesserten die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 24.09.2020 seine jüngste Analyse veröffentlicht, in der über die Entwicklungen der letzten zehn Jahre bei der Wirtschafts- und Finanzarchitektur der EU Bilanz gezogen wird und ungelöste Probleme, potenzielle Risiken und Lücken in der Politik aufgezeigt werden. In dieser Analyse gelangen die Prüfer zu dem Ergebnis, dass die EU ihr Instrumentarium für den Umgang mit Finanzkrisen in den letzten Jahren verbessert hat. Sie hat auf EU-Ebene Aufsichtsbehörden für den Finanzsektor eingerichtet, die Bankenregulierung und -aufsicht verschärft und einen Rahmen für die geordnete Abwicklung von Banken

geschaffen. Durch diese Maßnahmen konnten einige der Schwachstellen, die der Bereich Bankenaufsicht und -abwicklung 2009 aufwies, beseitigt werden. Die Verwirklichung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion wurden ebenfalls in Angriff genommen. Die Prüfer weisen jedoch auch darauf hin, dass nach wie vor noch mehrere Herausforderungen bestehen.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/INRW20_05/INRW_Financial_crisis_prevention_de.pdf

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Verwendung von 1- und 2-Cent Münzen gestartet

Die Kommission hat am 28.09.2020 eine öffentliche Konsultation zur Verwendung der 1- und 2-Cent Münzen gestartet. Die Konsultation läuft 15 Wochen (Fristende: 11.01.2021) und soll allen Interessierten und Stakeholdern die Möglichkeit geben, sich aktiv am Meinungsbildungsprozess zu beteiligen. Nach den EU-Vorschriften für Euro-Münzen sollen die EU-Organe regelmäßig die Verwendung der unterschiedlichen Stückelungen von Euro-Münzen im Hinblick auf Kosten und öffentliche Akzeptanz prüfen. Bei dieser Bewertung wird geprüft, ob die Vorschrift eingeführt werden sollte, Barzahlungen auf fünf 5 Cent zu runden. Dies könnte dazu führen, dass 1- und 2-Cent-Münzen sukzessive abgeschafft werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12566-Uniform-rounding-rules-for-cash-payments>

Kommission; ESMA; Anerkennung von drei britischen CCPs

Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) teilte am 28.09.2020 mit, dass die drei in GBR ansässige zentrale Gegenparteien (CCPs) ICE Clear Europe Limited, LCH Limited und LME Clear Limited nach dem Ende der Übergangszeit nach dem Austritt von GBR aus der EU am 31.12.2020 als Drittland-CCPs anerkannt werden, die ihre Dienstleistungen in der EU anbieten dürfen.

<https://www.esma.europa.eu/press-news/esma-news/esma-recognise-three-uk-ccps-1-january-2021>

Kommission; Vorstellung des Beratungsgremiums für nachhaltige Finanzen

Die Kommission hat am 01.10.2020 die Liste der 50 Mitglieder ihrer Plattform für ein nachhaltiges Finanzwesen veröffentlicht. Diese Plattform ist ein beratendes Gremium aus Sachverständigen, das die Kommission bei der Ausarbeitung technischer Evaluierungskriterien zur Weiterentwicklung der ersten grünen Liste für nachhaltige Wirtschaftstätigkeiten („Taxonomie“) über sogenannte delegierte Rechtsakte unterstützen wird. Die Experten werden die Kommission auch zu neuen Nachhaltigkeitszielen und einem nachhaltigen Finanzwesen insgesamt beraten. Aus den Bewerbungen hat die Kommission 50 Mitglieder und 10 Sonderbeobachter auf der Grundlage ihres Fachwissens in den Bereichen Umwelt, nachhaltige Finanzen oder Sozial- und Menschenrechte ausgewählt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201001-beratungsgremium-nachhaltige-finanzen_de

Finanzen

Kommission; Aktionsplan zur Unterstützung des EU-Zollwesens bei der Sicherung von Einnahmen, Wohlstand und Sicherheit

Die Kommission hat am 28.09.2020 einen neuen Aktionsplan zur Zollunion veröffentlicht, der eine Reihe von Maßnahmen für ein intelligenteres, innovativeres und

effizienteres EU-Zollwesen für die nächsten vier Jahre enthält. Mit den angekündigten Maßnahmen soll die Zollunion als Eckpfeiler des Binnenmarkts gestärkt werden. Zudem soll dadurch die Rolle der Zollunion hinsichtlich des Schutzes der Einnahmen der EU sowie der Sicherheit, Gesundheit und des Wohlstandes der Bürger und der Unternehmen in der EU bekräftigt werden. Der Aktionsplan umfasst eine Reihe von Initiativen in den Bereichen Risikomanagement, Management des elektronischen Handels, Förderung der Compliance und geschlossenes Vorgehen der Zollbehörden.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_1703

S o z i a l e s

EuGH; Grenzüberschreitende Online-Werbung bei rezeptfreien Arzneimitteln erlaubt

Der EuGH verkündete am 01.10.2020 ein Urteil zur grenzüberschreitenden Online-Werbung bei rezeptfreien Arzneimitteln (C-649/18). Geklagt hatten französische Apotheken gegen die Geschäftspraxis einer niederländischen Onlineapotheke. Diese richtet sich gezielt mit Online-Werbung an Kunden in FRA. Da sie darüber hinaus Mengenrabatte gewährt und den Versandpaketen weitere Werbemittel hinzufügt, sahen die Kläger darin u.a. einen Verstoß gegen das im französischen Recht verankerte Verbot, mit berufsunwürdigen Maßnahmen Werbung zu betreiben und zu einem Mehrgebrauch von Arzneimitteln zu verleiten. Darüber hinaus monierten sie, dass der niederländische Anbieter auf das in Frankreich vorgeschriebene Ausfüllen eines Gesundheitsfragebogens verzichte. Der EuGH urteilte, dass Eingriffe im Gesundheitswesen prinzipiell mit den Regeln des Binnenmarkts in Einklang zu bringen sind. So könne der französische Staat entsprechende Eingriffe in den (elektronischen) Binnenmarkt vollziehen. Diese dürften aber nicht dazu führen, dass der niederländischen Online-Apotheke das Werbetreiben prinzipiell untersagt wird oder die Einschränkung von Rabattangeboten auch auf nicht-Arzneimittel wie lediglich apothekenübliche Ware erweitert würde. In puncto Online-Werbung sieht der EuGH jedoch die Mitgliedstaaten in der Pflicht einen Nachweis zu erbringen, dass diese mit dem Ziel des Schutzes der öffentlichen Gesundheit tatsächlich dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entspricht und geeignet, erforderlich und angemessen sei.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231845&pageIndex=0&doclang=de&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5336911>

EuGH; Pensionseinbehalte zur Sicherung des Vorsorgesystems stellen keine Diskriminierung nach Alter oder Geschlecht dar (C-223/19)

Der EuGH verkündete am 24.09.2020 ein Urteil zur Anwendbarkeit der EU-Richtlinien zur Entgelt- und Chancengleichheit sowie der EU-Grundrechtecharta bei der betrieblichen Altersvorsorge (C-223/19). Geklagt hatte ein ehemaliger leitender Angestellter einer börsennotierten Aktiengesellschaft mit staatlicher Mehrheitsbeteiligung. Dieser war von einer Änderung des Niederösterreichischen Landes- und Gemeindebezügegesetzes betroffen, welche einen Einbehalt von Pensionssicherungsbeiträgen für Rentenbezüge festlegt, die einen gewissen Schwellenwert überschreiten. Da hiervon vornehmlich Männer über 60 Jahre betroffen sind, sah der Kläger darin eine europarechtswidrige Diskriminierung nach Alter und Geschlecht und folglich einen Verstoß gegen die EU-Antidiskriminierungsrichtlinie und EU-Grundrechtecharta. Der Gerichtshof folgte in seinem Urteil den Schlussanträgen des Generalanwalts. Demnach stellt die Einführung eines anhand eines Schwellenwert ermittelten Einbehalts per se keine Diskriminierung nach Alter oder Geschlecht dar.

Ein solcher Eingriff sei unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit dem Grunde nach gerechtfertigt, sofern dieser eine dem Gemeinwohl folgende Zielsetzung wie dem Erhalt der Finanzierbarkeit des Rentensystems diene.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231563&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=4363340>

Europäischer Rechnungshof; EU-Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut kaum zu bemessen

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 29.09.2020 einen Sonderbericht zur Bekämpfung von Kinderarmut veröffentlicht. In dem Sonderbericht kommen die Prüfer zu dem Ergebnis, dass der EU-Beitrag zur Bekämpfung der Kinderarmut durch die Mitgliedstaaten kaum bemessen werden könne. Hierfür sei vor allem die fehlende Rechtsverbindlichkeit der EU-Instrumente, bzw. ihre fehlende Spezifität im Rahmen des Europäischen Semesters und im Bereich der EU-Förderungen verantwortlich. Zugleich sei fast jedes vierte Kind in der EU von Armut bedroht. Daher sieht es der EuRH als unerlässlich an, dass künftige Initiativen und Förderpolitiken auf europäischer Ebene verlässlichere Informationen zur Grundlage bedürfen, um eine zielführende Wirkung entfalten zu können.

https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/SR20_20/SR_child_poverty_DE.pdf

Gesundheit und Verbraucherschutz

EFSA; Neue Schwellenwerte für per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat am 17.09.2020 für die wichtigsten per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS), die sich im menschlichen Körper anreichern, einen neuen Schwellenwert festgelegt. Der Schwellenwert beträgt eine gruppenbezogene zulässige wöchentliche Aufnahmemenge (TWI) von 4,4 Nanogramm pro Kilogramm Körpergewicht pro Woche und ist Teil eines wissenschaftlichen Gutachtens über die Risiken für die menschliche Gesundheit, die von diesen Stoffen ausgehen, wenn sie in Lebensmitteln enthalten sind. Die bedeutsamste Wirkung auf die Gesundheit des Menschen stellt nach Ansicht der Sachverständigen eine verminderte Immunantwort auf Impfungen dar.

<https://www.efsa.europa.eu/de/news/pfas-food-efsa-assesses-risks-and-sets-tolerable-intake>

EuGH; Zusätzliche Angaben zur Herkunft von Lebensmitteln möglich

In der Rechtssache C-485/18 hat der EuGH am 01.10.2020 entschieden, dass die Mitgliedstaaten für die Kennzeichnung von Lebensmitteln zusätzliche Angaben zur Herkunft auf der Verpackung vorschreiben dürfen. Dies sei etwa aus Gründen des Verbraucherschutzes oder dem Schutz von gewerblichen und kommerziellen Eigentumsrechten möglich, wenn außerdem nachweislich eine Verbindung zwischen der Qualität des Lebensmittels und seinem Ursprung bestehe und darüber hinaus der betreffende Mitgliedsstaat nachweisen könne, dass eine Mehrheit der Verbraucher diesen Angaben wesentliche Bedeutung beimisst. Gemäß der europäischen Lebensmittel-Informationsverordnung muss bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln das Ursprungsland oder der Herkunftsort von Lebensmitteln vor allem dann angegeben werden, wenn ohne diese Angabe Verbraucher in die Irre geführt werden könnten. Außerdem sind Herkunftsangaben bei frischem, gekühltem oder gefrorenem Schweine-, Schaf-, Ziegen- und Geflügelfleisch verpflichtend. Hintergrund des Verfahrens war der französische Molkereikonzern Groupe Lactalis, der vor dem französischen Staatsrat ein französisches Dekret beanstandete, wonach auf

Milchprodukten das Ursprungsland der Milch angezeigt werden muss. Der französische Staatsrat bat den EuGH daraufhin, die EU-Verordnung auszulegen.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-10/cp200120de.pdf>

EuGH; Verweigerung der Kostenübernahme ohne Vorabgenehmigung verstößt im Dringlichkeitsfall gegen freien Dienstleistungsverkehr und EU-Richtlinien zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung (C-777/18)

Der EuGH verkündete am 23.09.2020 ein Urteil zur Kostenübernahme bei Behandlungen im EU-Ausland ohne Vorabgenehmigung durch die Träger (C-777/18). Geklagt hatte ein ungarischer Staatsangehöriger auf die Übernahme der Kosten einer in Deutschland erfolgten Augenoperation. Die ungarischen Behörden hatten diese mit Verweis auf die VO (EU) 883/2004 zur Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit verweigert, die bei geplanten Behandlungen eine Vorabgenehmigung vorsieht. Der EuGH urteilte, dass in dringlichen Fällen eine Kostenübernahme gemäß 883 auch ohne Vorabgenehmigung durch den Versicherungsträger zu erfolgen habe. Desweiteren stelle die Anforderung einer Vorabgenehmigung bei der Gefahr eines sich beim Versicherten irreversibel verschlechternden Gesundheitszustandes eine unverhältnismäßige Beschränkung des freien Dienstleistungsverkehrs und einen Verstoß gegen die Richtlinie zur grenzüberschreitenden Gesundheitsversorgung dar.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231481&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=3839047>

Kommission; Vorschlag für neue Grenzwerte bei karzinogenen Stoffen

Die Kommission hat am 22.09.2020 einen Vorschlag hinsichtlich neuer Grenzwerte für karzinogene Stoffe am Arbeitsplatz unterbreitet. Bei dem Vorschlag handelt es sich um die erste Initiative der von der Leyen Kommission zur Bekämpfung von Krebserkrankungen. Das Thema stellte vor Beginn der COVID-19 Pandemie das gesundheitspolitische Kernanliegen von Präsidentin von der Leyen dar. So ist „Krebs“ eine der fünf Kernmissionen des Forschungsförderprogramms Horizont Europe und Ende 2020 wird die Kommission einen umfassenden Europäischen Plan zur Krebsbekämpfung vorstellen. Mit der nun vorgestellten vierten Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene strebt die Kommission neue, bzw. angepasste Grenzwerte für Acrylnitril, Nickelverbindungen und Benzol an. Da laut Schätzung der Kommission 1,1 Mio. Arbeitnehmer diesen Chemikalien im Berufsumfeld ausgesetzt sind, erhofft sie sich einen verbesserten Gesundheitsschutz in puncto Krebsprävention. Insgesamt verursachen karzinogene Stoffe EU-weit jährlich circa 120.000 berufsbedingte Krebserkrankungen und 80.000 Todesfälle und sind für den Großteil aller berufsbedingten Todesursachen verantwortlich.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=23009&langId=en>

U m w e l t

Rat; Informelles Treffen der EU-Umweltministerinnen und -minister

Am 30.09. und 01.10.2020 trafen sich die EU-Umweltministerinnen und -minister und Umweltkommissar Virginijus Sinkevičius unter der Leitung von Bundesumweltministerin Svenja Schulze zu einer informellen Sitzung des Umweltrates. Besprochen wurde der Zusammenhang zwischen dem Verlust der biologischen Vielfalt und der Corona-Pandemie und der Vorschlag der Kommission das EU-Klimaziel von 40% CO₂-Minderung auf mindestens 55% im Vergleich zu 1990 zu erhöhen. Ministerin Schulze plant hierzu noch 2020 zu einer Einigung gelangen. Die Tagung diente als erster informeller Austausch zum Thema. Schulze erklärte in

der abschließenden Pressekonferenz, dass die unterschiedliche Energieinfrastruktur der Mitgliedsstaaten und damit verbundenen unterschiedliche Ausgangspunkte eine besondere Herausforderung bei den Verhandlungen darstelle. Eine Erhöhung des Ziels werde aber zusätzliche Anstrengungen von allen Mitgliedsstaaten erfordern. Es wurde zudem diskutiert, wie künftig das Risiko für Pandemien durch besseren Umweltschutz verringert werden kann. Zum Einfluss menschlicher Eingriffe in die Natur auf die Ausbreitung von Infektionskrankheiten solle es noch im Herbst eine Studie geben. Ministerin Schulze kündigte außerdem an, dass sich der Umweltrat während der deutschen Ratspräsidentschaft noch zur Biodiversitätsstrategie positionieren werde.

<https://www.eu2020.de/eu2020-de/aktuelles/artikel/informelles-treffen-der-eu-umweltminister/2398138>

EuGH; Schlussanträge zu Beschränkungen für die Insektizide Clothianidin und Imidacloprid

Generalanwältin Kokott hat am 17.09.2020 ihre Schlussanträge in der Rechtssache C-499/18 P Bayer CropScience und Bayer / Kommission vorgelegt. Nachdem der Bayer sowie der Syngenta-Konzern erfolglos in erster Instanz auf Nichtigerklärung der 2013 von der Kommission zur Abwehr von Gefahren für Bienen erlassenen Beschränkungen für die ursprünglich zur Verwendung genehmigten Insektizide Clothianidin, Thiamethoxam und Imidacloprid geklagt hatten, legte Bayer gegen das Urteil betreffend Clothianidin und Imidacloprid Rechtsmittel beim EuGH ein. Kokott plädierte dafür, das Urteil erster Instanz zum Verbot der beiden Neonikotinoide zum Teil aufzuheben. Dies betraf die nicht gewerbliche Nutzung der Insektizide. Das Gericht habe nämlich festgestellt, dass insbesondere bei nicht gewerblichen Anwendern eine unsachgemäße Verwendung nicht ausgeschlossen werden könne, obwohl weder die Kommission noch Bayer dies nachgewiesen hätten. Im Ergebnis dürften die umstrittenen Insektizide aber trotzdem nicht vermarktet werden, da die Kommission unmittelbar nach Erlass des angefochtenen Gerichtsurteils die Genehmigungen für Clothianidin und Imidacloprid neu geregelt und dabei noch strengere Einschränkungen verhängt hat. Die Empfehlung der Generalanwältin ist nicht bindend.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231204&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5067969>

EP; Verordnungsentwurf zu Pestizidrückständen abgelehnt

Das EP hat am 17.09.2020 einen Verordnungsentwurf der Kommission zur Änderung der Anhänge II, III und IV der Verordnung (EG) Nr. 396/2005 des EP und des Rates hinsichtlich der Höchstgehalte an Rückständen von Cycloxydim, Flonicamid, Haloxyfop, Mandestrobin, Mepiquat, Metschnikowia fructicola Stamm NRRL Y-27328 und Prohexadion in oder auf bestimmten Erzeugnissen in erster Lesung abgelehnt und die Kommission aufgefordert, den Entwurf zurückzuziehen und dem (ENVI-) Umweltausschuss einen neuen Entwurf vorzulegen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0238_DE.html

EP; Abgeordnete fordern Maßnahmen gegen weltweite Entwaldung

Das Plenum des EP hat am 16.09.2020 eine Entschließung zum Schutz der Wälder angenommen. Darin fordern die Abgeordneten unter anderem verbindliche Ziele zum Schutz und zur Wiederherstellung von Waldökosystemen, insbesondere von Urwäldern, im Einklang mit den Vorschlägen der Biodiversitätsstrategie der EU bis 2030. Die Kommission solle außerdem Sorgfaltspflichtregeln für Finanzinstitutionen vorschlagen, um deren direkte oder indirekte Verbindung mit Waldschädigung vorzubeugen. Handels- und Investitionsabkommen sollten in Zukunft verbindliche

Bestimmungen gegen Entwaldung enthalten, und die Kommission solle entwaldungsfreie Lieferketten sicherstellen. Partnerschaften mit Drittstaaten sollen die externe Dimension des Green Deal stärken.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0212_DE.html

EP; Forderung nach Europäischem Jahr für grünere Städte 2022

In einer Entschließung des EP vom 17.09.2020 betonen die Abgeordneten das Potenzial grünerer Städte zur Verwirklichung der im Pariser Abkommen festgelegten Ziele, der Ziele der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung und der Verpflichtungen im Rahmen der Neuen Städteagenda sowie zur Klimawandelanpassung in der EU. Damit verbunden ist der Vorschlag, das Jahr 2022 zum Europäischen Jahr grünerer Städte zu machen und in diesem Zusammenhang grüne Stadtentwicklungsprojekte und die Sensibilisierung für grüne Infrastruktur zu fördern. Das EP fordert die Kommission auf, eine neue EU-Strategie für grünere Städte und grüne Infrastruktur auszuarbeiten und sich im Rahmen des europäischen Grünen Deals insbesondere mit der Rolle der Städte und Investitionen in grüne Infrastruktur zu befassen.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0241_DE.html

EP; Strategischer Ansatz für Arzneimittel in der Umwelt

In einer Entschließung des EP vom 17.09.2020 fordern die Abgeordneten Maßnahmen gegen die Verschmutzung von Ökosystemen durch Arzneimittel, die neben langfristigen Umweltschäden auch die Wirkung von Medikamenten verringern und Resistenzen gegen Antibiotika verursachen. Arzneimittel selbst sollten umweltfreundlicher und besser biologisch abbaubar werden, der (insbesondere präventive) Pro-Kopf-Verbrauch an Arzneimitteln solle verringert und die Entsorgung solle effektiver werden, wozu auch eine bessere Aufklärung der Patientinnen und Patienten über ordnungsgemäße Entsorgung ungenutzter Medikamente gehöre.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0226_DE.html

Europäischer Rechnungshof; kostenlose Zuteilung von Zertifikaten im Emissionshandelssystem der EU sollte gezielter erfolgen

In dem Sonderbericht Nr. 18/2020 zu den Auswirkungen kostenloser Emissionszertifikate auf die Entwicklung von Emissionen und Maßnahmen zur Modernisierung des Energiesektors kommt der EuRH zu dem Ergebnis, dass es für die kostenlose Zuteilung zwar gute Gründe gibt, ihr gezielter Einsatz jedoch eine Reihe von Vorteilen für die Dekarbonisierung, die öffentlichen Finanzen und das Funktionieren des Binnenmarktes erbracht hätte. Die Zuteilung kostenloser Zertifikate sollen das Abwandern von Prozessen in Drittstaaten mit niedrigeren Umweltstandards verhindern. Allerdings werde nicht nach Verlagerungsrisiko unterschieden, sodass auch Unternehmen, die ihre CO₂-Kosten an die Verbraucher weitergeben können, von kostenlosen Zertifikaten profitierten. Die Prüfer empfehlen daher der Kommission, die kostenlosen Zertifikate gezielt den jeweiligen Risiken der Sektoren entsprechend auszurichten.

https://www.eca.europa.eu/lists/ecadocuments/insr20_18/insr_eu-ets_de.pdf

Kommission; Neue Beihilfeleitlinien für den Emissionshandel

Die Kommission hat am 21.09.2020 die überarbeiteten Leitlinien für Beihilfen im Zusammenhang mit dem System für den Handel mit Emissionszertifikaten (EHS) nach 2021 angenommen. Diese treten am 01.01.2021 mit Beginn des neuen EHS-Handelszeitraums in Kraft. Die Mitgliedstaaten können Unternehmen bestimmter Sektoren einen Ausgleich für einen Teil der höheren Strompreise gewähren, die sich aus den durch das EU-EHS gesetzten CO₂-Preissignalen ergeben. Diese Beihilfen

sollen die Gefahr verringern, dass Unternehmen aufgrund der mit dem Emissionshandel verbundenen Kosten Produktionskapazitäten in Länder außerhalb der EU mit weniger ehrgeizigen Klimazielen verlagern. Gleichzeitig würde eine Überkompensation von Unternehmen den Preissignalen zuwiderlaufen, die der Emissionshandel zur Förderung einer kosteneffizienten Dekarbonisierung setzt, und zu Wettbewerbsverzerrungen im Binnenmarkt führen. Bestandteil der Überarbeitung war u.a. eine Neubewertung der beihilfefähigen Sektoren und Teilsektoren. Herausgefallen sind unter anderem die Herstellung von Düngemitteln und Stickstoffverbindungen sowie Baumwollaufbereitung und -spinnerei. Wasserstoff ist dagegen neu auf der Liste. Darüber hinaus wurde der fixe Ausgleichssatzes von 85% auf 75% verringert und die mit den Beihilfen verbundenen Auflagen verschärft.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200921-beihilfen-im-emissionshandel_de

Rat; Kommission, Billigung der Zusage zum „Leader´s Pledge for Nature“

Nach der Ermächtigung der Kommission durch den Rat vom 21.09.2020 hat Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am 28.09.2020 den „Leader´s Pledge for Nature“ im Namen der EU auf einer virtuellen Veranstaltung der Vereinten Nationen im Rahmen des Gipfels der Vereinten Nationen zur biologischen Vielfalt gebilligt. Dabei handelte es sich um eine freiwillige Erklärung, dass der Verlust an biologischer Vielfalt und die Schädigung von Ökosystemen dringende und unmittelbare Maßnahmen erfordere, und dass die biologische Vielfalt, das Klima und die Umwelt in den Mittelpunkt der Maßnahmen zur Erholung der COVID-19-Krise gestellt werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/09/21/un-biodiversity-summit-council-sends-a-united-signal-to-step-up-global-ambition-for-biodiversity/>

Kommission; Öffentliche Konsultation zur Verringerung von F-Gas-Emissionen

Im Jahr 2014 hatte die Kommission erstmals Vorschriften zur Verringerung der Emissionen von fluorierten Gasen verabschiedet. Diese menschengemachten Treibhausgase werden in Produkten wie Kühlschränken und Klimaanlage verwendet und ihre Emission trägt zur globalen Erwärmung bei. Die bestehenden Vorschriften sollen nun aktualisiert und u.a. an den Europäischen Grünen Deal und das Klimagesetz sowie neue internationale Verpflichtungen zu teilfluorierten Kohlenwasserstoffen/HFKW (Montreal-Protokoll) angepasst werden. Der Verordnungsentwurf ist vom 15.09.2020 bis zum 29.12.2020 zur öffentlichen Konsultation geöffnet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12479-Review-of-EU-rules-on-fluorinated-greenhouse-gases>

L a n d w i r t s c h a f t

Rat; Sitzung des Rats für Landwirtschaft und Fischerei

Am 21.09.2020 trafen sich die Agrarministerinnen und –minister zur Beratung über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP). Im Anschluss gaben Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und EU-Agrarkommissar Janusz Wojciechowski eine Pressekonferenz. Allgemeine Zuversicht bestand darin, das Ziel einer allgemeinen Ausrichtung bis zum Agrarrat im Oktober erreichen zu können. Konkret sprachen die Ministerinnen und Minister über die grüne Architektur, die Einbindung der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum Mittelfristigen Finanzrahmen (MFR) in das künftige System der Direktzahlungen und das neue Umsetzungsmodell. Die vom Vorsitz vorgeschlagene Einführung eines EU-weit einheitlichen Mindestanteils an nichtproduktiven Flächen und einer flexibleren und

freiwilligen Deckelung der Direktzahlungen wurde von vielen begrüßt. Der Vorschlag, verbindliche Öko-Regelungen mit einer zweijährigen Pilotphase einzuführen, wurde teilweise begrüßt. In Bezug auf das neue Umsetzungsmodell seien noch nicht alle Fragen geklärt, etwa zum Genehmigungsverfahren für die nationalen Strategiepläne und ganz allgemein zur Notwendigkeit einer vereinfachten Politik. Ferner erörterten die Ministerinnen und Minister handelsbezogene Agrarfragen. Dabei ging es insbesondere um aktuelle und bevorstehende Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Drittländern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/agrifish/2020/09/21/>

EP; Konstituierende Sitzung des Untersuchungsausschusses für Tiertransporte

Mit Beschluss vom 19.06.2020 setzte das EP den Untersuchungsausschuss zur Prüfung von Verstößen gegen das Unionsrecht und Missständen bei dessen Anwendung im Zusammenhang mit dem Schutz von Tieren während des Transports innerhalb und außerhalb der Union ein. Der Ausschuss soll im Wesentlichen untersuchen, inwiefern die Kommission und die Mitgliedsstaaten diverse Bestimmungen der Verordnung über den Schutz von Tieren beim Transport und damit zusammenhängenden Vorgängen nicht wirksam durchgesetzt haben, sowie weitere mögliche Versäumnisse. Am 23.09.2020 trat der Ausschuss zur konstituierenden Sitzung zusammen. Zur Vorsitzenden wurde MdEP Tilly Metz (GRÜNE/LUX) gewählt. Als stellvertretende Vorsitzende wurden MdEP Marlene Mortler (EVP/DEU), MdEP Anja Hazekamp (GUE/NDL), MdEP Mohammed Chahim (S&D/NDL) und MdEP Martin Hojsík (RE/SLK) gewählt.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/constitutive-meeting-of-the-anit-committ/product-details/20200911CAN57182>

Kommission; Konsultation zur Regulierung von medizinischen Daten für Pferdepässe

Die Kommission stellte am 24.09.2020 den Entwurf einer delegierten Verordnung zur Festlegung bestimmter medizinischer Angaben im lebenslang gültigen Identifikationsdokument von Pferden (Equiden) zur Konsultation. Dies betrifft insbesondere Inhalt und Form von Informationen über verabreichte Medikamente und die daraus folgende Eignung zur Lebensmittelproduktion, da bestimmte Arzneimittel zum Schutz der öffentlichen Gesundheit bei Nutztieren verboten sind und Tiere, denen solche Arzneimittel verabreicht wurden, nicht oder erst sechs Monate später geschlachtet werden dürfen. Rückmeldungen zum Entwurf der Kommission können bis zum 22.10.2020 eingereicht werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12175-Laying-down-the-medication-record-in-the-equine-passport>

J u s t i z

EuGH; Schlussanträge – Justizdisziplinarsystem in ROM

Generalanwalt Michal Bobek hat am 23.09.2020 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-83/19 (Asociația „Forumul Judecătorilor Din România“) vorgelegt. Nach Auffassung des Generalanwalts sei die vorläufige Ernennung des Chefjustizinspektors nicht mit dem Unionsrecht vereinbar, da aufgrund seiner politischen Ernennung Zweifel an seiner Unempfänglichkeit für Einflussnahmen von außen bestünden. Ferner verstießen die nationalen Vorschriften über die Errichtung einer besonderen staatsanwaltschaftlichen Abteilung mit ausschließlicher Zuständigkeit für von Richtern und Staatsanwälten begangene Straftaten gegen das

Unionsrecht, da sie nicht mit hinreichenden Garantien einhergehe, um jede Gefahr politischer Einflussnahme auf ihre Arbeitsweise und Zusammensetzung auszuschließen. Schlussendlich stehen nach Ansicht des Generalanwalts nationale Vorschriften über die Staatshaftung für Justizirrtümer und über die Regressklage, die der Staat in Fällen von bösem Glauben oder grober Fahrlässigkeit gegen den betreffenden Richter erheben könne, dem Unionsrecht dann nicht entgegen, wenn diese Verfahren ausreichende Garantien böten.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=F28991F22C1CEA37F746AD0EBD2F74F2?text=&docid=231502&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=4232299>

Kommission: Studien zur digitalen Strafjustiz und zum Einsatz innovativer Technologien

Im Rahmen der laufenden Arbeiten zur Digitalisierung der Justiz in der EU hat die Kommission am 14.09.2020 zwei Studien zur digitalen Strafjustiz und zum Einsatz innovativer Technologien im Justizbereich veröffentlicht. Die Studie zur digitalen Strafjustiz schlägt konkrete Maßnahmen zur Beseitigung der derzeitigen Mängel in diesem Bereich vor. Dazu gehören die Schaffung eines neuen Case Management Systems für Eurojust, eine spezielle IT-Plattform, die die gemeinsame Kommunikation großer Dateien in grenzüberschreitenden Ermittlungen ermöglicht, sowie Updates für Kommunikationstools. Die Studie über den Einsatz innovativer Technologien konzentriert sich auf den Einsatz künstlicher Intelligenz und innovativer Technologien beim Zugang zur Justiz und kommt zu dem Schluss, dass eine bessere Koordinierung der Anstrengungen und Aktivitäten auf EU-Ebene erforderlich ist, da die Forschung gezeigt hat, dass es in den Mitgliedstaaten zahlreiche Projekte mit ähnlichen Zielen, Problemen und Technologien gibt. Die Ergebnisse beider Studien werden in die bevorstehende Mitteilung über die Digitalisierung der Justiz einfließen.

https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/digitalisation-justice/relevant-studies_de

Kommission; neue Plattform für die Rechte der Opfer vorgestellt

Gemeinsam mit der deutschen Präsidentschaft des Rates hat der für Justiz zuständige Kommissar Didier Reynders am 22.09.2020 die neue Plattform für die Rechte der Opfer eröffnet. Die Plattform ist Teil der Umsetzung der ersten EU-Strategie für die Rechte der Opfer und soll jährlich, bei Bedarf auch ad hoc, zusammentreten. Sie wird als Forum für Diskussionen über die Rechte der Opfer mit den relevanten Akteuren dienen. Dazu gehören das Europäische Netzwerk für Opferrechte, das EU-Netzwerk nationaler Kontaktstellen für Entschädigungen, der EU-Koordinator für die Terrorismusbekämpfung, Eurojust, die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte und die Zivilgesellschaft. Am 24.06.2020 hatte die Kommission die erste EU-Strategie für die Rechte der Opfer verabschiedet. Das vorrangige Ziel besteht darin, sicherzustellen, dass sich alle Opfer von Straftaten auf ihre Rechte verlassen können, unabhängig davon, wo in der Union und unter welchen Umständen das Verbrechen geschah.

https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/criminal-justice/protecting-victims-rights_de

Kommission; erster Rechtsstaatlichkeitsbericht vorgelegt

Am 30.09.2020 legte die Kommission ihren ersten Jahresbericht über die Lage der Rechtsstaatlichkeit in der EU vor. Danach genügten zwar viele Mitgliedstaaten hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit hohen Standards, doch beständen nach wie vor große Herausforderungen. Der Bericht beleuchtet die nationalen Justizsysteme, die Rahmen für Korruptionsbekämpfung, Medienpluralismus und -freiheit und sonstige

institutionelle Aspekte. Im Hinblick auf die Justizsysteme konstatiert die Kommission in einigen Mitgliedstaaten Reformen zur Stärkung der Unabhängigkeit der Justiz, jedoch gebe diese in einigen Mitgliedstaaten noch Grund zur Sorge, die in einigen Fällen zu Vertragsverletzungsverfahren bzw. dem Artikel 7-Verfahren geführt hätten. Während einige Mitgliedstaaten umfassende Strategien zur Korruptionsbekämpfung verabschiedet und entsprechende Maßnahmen ergriffen hätten, gäben die Verfolgung von Korruption noch immer Anlass zu Bedenken. Hinsichtlich des Medienpluralismus und der Medienfreiheit attestiert die Kommission der EU insgesamt hohe Standards, doch beständen hinsichtlich einiger Mitgliedstaaten Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit und Mittelausstattung der Medien und des Risikos einer Politisierung der Medienbehörden. In einigen Mitgliedstaaten beständen ernsthafte Bedenken in Bezug auf eine politische Einflussnahme auf die Medien. Im Hinblick auf die institutionelle Gewaltenteilung hätten einige Mitgliedstaaten Verfassungsreformen eingeleitet, um das System zu stärken, zugleich resultiere eine Bedrohung jedoch aus einem übermäßigen Rückgriff auf beschleunigte Gesetzgebungsverfahren bzw. Notstandsgesetze. In den meisten Mitgliedstaaten bestehe ein förderliches und unterstützendes zivilgesellschaftliches Umfeld, das die Rechtsstaatlichkeit schütze, in einigen Mitgliedstaaten sei dieses Umfeld jedoch mit Beschränkungen von staatlicher Seite konfrontiert.

https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication_2020_rule_of_law_report_de_0.pdf

I n n e r e s

Kommission; EMCDDA stellt EU-Drogenbericht 2020 vor

Am 22.09.2020 stellte die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (European Monitoring Centre for Drugs and Drug Addiction, EMCDDA) den EU-Drogenbericht 2020 vor. So seien im Jahr 2020 vermehrt Lieferungen großer Mengen Drogen aufgedeckt worden, was für einen Zuwachs der Transporte in die EU spreche. Auch habe die Zahl der Sicherstellungen von Kokain einen Rekordwert erreicht, die von Heroin sich im Vergleich zu 2017 nahezu verdoppelt. Zugleich habe die Drogenherstellung in Europa zugenommen und sei vielfältiger geworden. Der Drogenmarkt werde zunehmend komplexer, wodurch regulatorische Herausforderungen und gesundheitliche Risiken erwüchsen. Drogenüberdosierungen verlagerten sich mehr und mehr in ältere Bevölkerungsgruppen. Die Drogenmärkte hätten sich erneut als sehr anpassungsfähig erwiesen, dies habe sich nicht zuletzt während der Covid-19 Pandemie gezeigt, etwa durch die Verlagerung des Straßenhandels auf Onlinemärkte im Darknet, Social-Media-Plattformen oder Paket-Lieferdienste.

https://www.emcdda.europa.eu/system/files/publications/13236/TDAT20001ENN_web.pdf

Kommission; neues Asyl- und Migrationspaket präsentiert

Am 23.09.2020 legte die Kommission ihr neues Asyl- und Migrationspaket vor, das aus einer Mitteilung, fünf Legislativvorschlägen, drei Empfehlungen und Leitlinien besteht. Das Paket soll im Wege eines umfassenden Ansatzes alle Dimensionen von Asyl und Migration zusammenführen und einen Neustart in der Asyl- und Migrationspolitik der EU ermöglichen. Für die externe Dimension sieht der Pakt eine Ausweitung der Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern vor, um Migrationsbewegungen frühzeitig zu begrenzen. Für die interne Dimension sieht der Pakt zunächst die Einführung eines Screenings aller Migranten an den Außengrenzen

vor. Dabei sollen alle Migranten erfasst und einer Gesundheits- und Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Im Anschluss soll eine Aufteilung in verschiedene Verfahrenskategorien in Abhängigkeit von den Erfolgsaussichten ihrer Asylanträge erfolgen. Ziel ist eine frühzeitige Rückführung von Menschen ohne Bleibeperspektive nach Durchführung eines angemessenen Verfahrens und rasche Bestimmung der für die Durchführung des Asylverfahrens zuständigen Mitgliedstaaten, um die Erstaufnahmeländer zu entlasten. Diese sollen jedoch weiterhin grundsätzlich für die Durchführung der Asylverfahren der Einreisenden zuständig sein. Darüber hinaus sieht der Pakt einen abgestuften Solidaritätsmechanismus vor. In Jahren ohne besonderen Migrationsdruck sollen die Erstaufnahmeländer von anderen Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis entlastet werden können. In Jahren mit erhöhtem Migrationsdruck, der das gesamte Aufnahmesystem der EU unter Druck setzt, soll ein Mechanismus aus freiwilliger und verpflichtender Aufnahme greifen. Im Falle einer Migrationskrise, in der das gesamte Aufnahmesystem der EU akut gefährdet ist, soll die Kommission eine Entlastung der Erstaufnahmeländer durch die Mitgliedstaaten verbindlich festlegen können. Eine verpflichtende Aufnahme von Migranten nach festgelegten Quoten sieht der Pakt dagegen nicht vor. Neben Umsiedlungen kommen etwa Finanzhilfen, eine Beteiligung am Grenzschutz oder sogenannte Rückkehrförderung in Betracht. Im Rahmen einer ersten Aussprache mit Kommissions-Vizepräsident Margaritis Schinas und Innen-Kommissarin Ylva Johansson im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) des EP am 24.09.2020 lobten einige Abgeordnete die Vorschläge als Basis für die kommenden Verhandlungen und Überwindung der gegenwärtigen Blockade, doch seien noch viele Fragen offen. Im Übrigen gingen die Meinungen teils deutlich auseinander.

https://ec.europa.eu/info/publications/migration-and-asylum-package-new-pact-migration-and-asylum-documents-adopted-23-september-2020_de

Kommission; Konsultation zu nächsten Schritten im Bereich legale Migration

Im Zuge der Vorstellung ihres neuen Asyl- und Migrationspakets leitete die Kommission am 23.09.2020 eine öffentliche Konsultation zu der Frage ein, wie kompetente und talentierte Arbeitskräfte angeworben werden können. Mit der Konsultation sollen Bereiche ermittelt werden, in denen der EU-Rahmen für legale Migration weiter verbessert werden könnte. Dazu können auch neue Ideen vorgeschlagen werden, um die Attraktivität der EU zu steigern, die Abstimmung von Qualifikationsangebot und -nachfrage zu erleichtern und Arbeitsmigrantinnen und -migranten besser vor Ausbeutung zu schützen. Die Ergebnisse sollen der Kommission dabei helfen, zu entscheiden, welche sonstigen Initiativen zur Bewältigung der langfristigen Herausforderungen in diesem Bereich erforderlich sind. Die Konsultation endet mit Ablauf des 30.12.2020.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12594-Public-consultation-on-legal-migration>

Kommission; Europäische Taskforce soll Lage auf Lesbos verbessern

Die Kommission gab am 23.09.2020 die Einrichtung einer Taskforce bekannt, die gemeinsam mit den griechischen Behörden ein Pilotprojekt für neue Aufnahmeeinrichtungen durchführen und dadurch die Lebensumstände der von dem verheerenden Brand im Lager Moria Betroffenen verbessern soll. Das Projekt soll auch beschleunigte Asylverfahren umfassen und in enger Kooperation mit den EU-Agenturen und internationalen Organisationen vor Ort durchgeführt werden. Zudem soll die Taskforce zur Beendigung der Überbelegung der Aufnahmelager, zur Umsetzung der laufenden Regelung für die unterstützte freiwillige Rückkehr und zur Sicherheit von Migranten und Asylsuchenden beitragen.

EuGH; Schlussanträge zur Auslieferung von EU-Bürgern an Drittstaaten

Am 24.09.2020 legte Generalanwalt Gerard Hogan seine Schlussanträge in der Rechtssache C-398/19 Generalstaatsanwaltschaft Berlin vor. Dem Verfahren liegt der Fall eines rumänisch-ukrainischen Staatsbürger zugrunde, der im 2012 von der Ukraine nach DEU gezogen war und 2014 die rumänische Staatsangehörigkeit erworben hatte. Im Rahmen eines Strafverfahrens wegen Veruntreuung beantragte die Ukraine seine Auslieferung, das Kammergericht Berlin hielt sich durch das Urteil des EuGH in der Rechtssache C-182/15 Petruhhin vom 06.09.2016 jedoch daran gehindert, dem Ersuchen nachzukommen, da die Justizbehörden in ROM bislang noch nicht über eine Strafverfolgung in ROM entschieden hätten, und ersuchte den EuGH u.a. um Beantwortung der Frage, ob sich der Betroffene vorliegend überhaupt auf seine Rechte aus Art. 18 und 21 AEUV berufen konnte. Generalanwalt Hogan ist insoweit der Auffassung, dass einer Berufung auf die aus Art. 18 und 21 AEUV resultierenden Rechte nicht entgegenstehe, dass vorliegend die rumänische Staatsbürgerschaft erst nach der Verlegung des Wohnsitzes nach DEU erworben worden sei. Dennoch regt der Generalanwalt an, die in der Rechtssache Petruhhin entwickelten Grundsätze vorliegend nicht heranzuziehen. Hinsichtlich der Anwendung von Art. 18 AEUV, der eine Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit untersage, sei die Situation des Staatsbürgers eines Mitgliedstaats, der seine Staatsbürger nicht ausliefere, nicht mit der von Staatsbürgern anderer Mitgliedstaaten vergleichbar und es drohe die Verschärfung praktischer Probleme, die in Bezug auf eine potentielle Straflosigkeit beständen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=231583&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=5176827>

Kommission; Cyber Crisis Liaison Organisation Network gestartet

Am 29.09.2020 gab die Kommission die Einrichtung eines Cyber Crisis Liaison Organisation Network (CyCLONE) zur Erleichterung der Zusammenarbeit bei Cyberzwischenfällen bekannt. Mithilfe des Netzwerks sollen nationale Reaktionsstrategien und Folgenabschätzungen koordiniert und der Informationsaustausch zwischen den nationalen Cybersicherheitsstrukturen verbessert werden. Mit der Einrichtung des CyCLONE wird der Empfehlung (EU) 2017/1584 der Kommission für eine koordinierte Reaktion auf große Cybersicherheitsvorfälle und –krisen vom 13.09.2017 entsprochen. Darüber hinaus wurde der Beginn eines Tests der Mitgliedstaaten, der europäischen Agentur für Computer- und Netzsicherheit (ENISA) und der Kommission bekanntgegeben, mit dem die Widerstandsfähigkeit im Falle einer Cyber-Sicherheitskrise bewertet werden soll. Der Test wird von NDJ mit Unterstützung der ENISA organisiert.

https://ec.europa.eu/germany/news/20200929-zusammenarbeit-cyber-angriffe_de

Kommission; Umsetzungsbericht zur Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung

In ihrem am 30.09.2020 vorgelegten Bericht zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2017/541 vom 15.03.2017 zur Terrorismusbekämpfung zieht die Kommission ein grundsätzlich positives Fazit. Die Richtlinie habe zur Stärkung der strafrechtlichen Verfolgung von Terrorismus und der Rechte der Opfer von Terrorismus beigetragen. Auch seien die von den Mitgliedstaaten ergriffenen Maßnahmen generell zufriedenstellend. Gleichwohl beständen besorgniserregende Lücken fort, etwa bei der Kategorisierung bestimmter Straftaten als Terrorakte, der Verhinderung von Reisen für terroristische Zwecke, der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung und beim Opferschutz. Die Richtlinie enthält einheitliche Standards für die Definition

terroristischer und terrorismusbezogener Straftaten sowie deren Sanktionierung und soll ein einheitliches Opferschutzniveau bewirken.

https://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/e-library/documents/policies/crisis-and-terrorism/report_on_transposition_of_directive_2017.541.on_combatting_terrorism.pdf

Frontex; Aufbau des Standing Corps schreitet voran

Die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) gab am 30.09.2020 die Aufnahme weiterer 168 Rekruten bekannt, die Teil des sogenannten Standing Corps werden sollen. Bereits im Mai hatte eine erste Gruppe von mehr als 280 ausgewählten Kandidatinnen und Kandidaten Stellenangebote erhalten, davon hätten 260 bereits ihre Online-Schulungen absolviert und würden nun in zwei Zentren in POL weiter auf ihren Dienst vorbereitet. Das Standing Corps, das sich aus Frontex-eigenen Einsatzkräften und Einsatzkräften der Mitgliedstaaten zusammensetzen soll, soll im Jahr 2021 die Arbeit aufnehmen und zunächst 5.000 Einsatzkräfte zählen, diese Zahl soll nach der Frontex-Verordnung bis zum Jahr 2027 auf 10.000 Einsatzkräfte erhöht werden. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte in der Vergangenheit den Wunsch geäußert, den vollständigen Aufbau des Standing Corps im Interesse eines wirksamen Außengrenzschatzes bereits bis zum Jahr 2024 abschließen zu können.

<https://frontex.europa.eu/media-centre/news-release/frontex-welcomes-new-standing-corps-recruits-ILr9os>

Bildung und Kultur

Kommission; Mitteilung zum Europäischen Bildungsraum

Die Kommission hat am 30.09.2020 eine Mitteilung angenommen, mit der neue Impulse zur Schaffung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums bis zum Jahr 2025 gesetzt werden sollen. In der Mitteilung werden verschiedene Handlungsfelder benannt, auf die sich die europäische Bildungspolitik bei der Schaffung des Bildungsraums konzentrieren soll. Die Qualität der Bildung müsse vor allem in grundlegenden Bereichen wie Mathematik und Lesen verbessert werden. Hier hätten gemäß der PISA-Studie der OECD noch immer 22,9% (Mathematik) bzw. 22,5 % (Lesen) der Schüler keine ausreichenden Grundkenntnisse. 20% der Lernenden mangle es an hinreichenden digitalen Kenntnissen. Verbesserungsbedarf gebe es u.a. auch bei kritischem Denken, Unternehmergeist, Mobilität von Lehrenden und Lernenden, beim Erwerb von Fremdsprachen, der Weiterbildung von Lehrern und der Europabildung. Ferner stelle die Inklusion und Gleichstellung der Geschlechter ein wesentliches Element des künftigen europäischen Hochschulraums dar. Noch immer seien Bildungserfolg und sozioökonomische Herkunft zu eng miteinander verwoben. Leseschwächen seien bei Jungen stärker ausgeprägt als bei Mädchen, Kinder aus ländlichen Gegenden und solche mit Migrationshintergrund hätten noch immer schlechtere Bildungsergebnisse. Ein grundsätzliches Umdenken im Bildungsbereich hin zu digitalen und solchen Fähigkeiten, die für die Bewältigung des ökologischen Wandels erforderlich seien, sei notwendig. Darüber hinaus stünden die Lehrkräfte im Mittelpunkt des europäischen Bildungsraums. Der Lehrerberuf müsse daher gestärkt werden, sowohl in sozialer als auch finanzieller Hinsicht. Bei der Hochschulbildung wird die Bedeutung der akademischen Mobilität hervorgehoben. Auslandserfahrung sei ein wesentlicher Vorteil für eine schnelle Anstellung nach dem Studium. Trotzdem nähmen nur 5% der Studenten am ERASMUS+-Programm teil. Hier strebe man eine

Verdopplung an. Für den europäischen Hochschulraum wird eine noch engere Kooperation der Hochschulen gefordert. Wünschenswert seien mehr Aktivitäten im Bereich gemeinsamer Curricula. Lehrenden und Lernenden soll ermöglicht werden, leichter zwischen den Bildungssystemen verschiedener Länder zu wechseln und so einen europaweiten Talentpool aufzubauen. Ferner wird dargestellt, dass die Zusammenarbeit im Bildungsbereich nach und nach zu einem wichtigen Instrument für die Umsetzung der EU-Außenpolitik als sogenannte „Soft Power“ geworden ist. Die Austauschprogramme der Union trügen dazu bei, ein positives Bild von Europa in der Welt zu vermitteln und seine Botschaften und Grundwerte zu verbreiten. In der Mitteilung werden außerdem die Instrumente und Etappenziele beschrieben, die zur Vollendung des europäischen Bildungsraums bis 2025 mithilfe des europäischen Aufbauplans (NextGenerationEU) und des Programms Erasmus+ vorgesehen sind.
https://ec.europa.eu/education/sites/education/files/document-library-docs/eea-communication-sept2020_en.pdf

Kommission; Aktionsplan für digitale Bildung

Die Kommission hat am 30.09.2020 einen Aktionsplan für digitale Bildung 2021-2027 angenommen. Der Plan beinhaltet eine Vielzahl von Überlegungen und Initiativen zu der Frage, wie die Bildung für das digitale Zeitalter neu aufgestellt werden kann. Die Kommission stellt fest, dass noch immer zu wenige Absolventen der Bildungssysteme über ausreichende digitale Fähigkeiten für die Berufswelt von morgen verfügen. Dies sei nicht nur ein Problem für die Wirtschaft, sondern auch für den Umbau der Gesellschaft, wie er im European Green Deal vorgesehen sei. Infolgedessen käme den Bildungssystemen eine immer zentralere Rolle für das Gelingen der digitalen Transformation zu. Der Aktionsplan verfolge das Ziel, dass 70% der 16- bis 74-Jährigen bis 2025 mindestens über grundlegende digitale Fertigkeiten verfügen sollten. Handlungsbedarf gebe es in vielen Bereichen der Bildung, z.B. bei der Ausstattung mit entsprechender Infrastruktur (z.B. Apps, Software und Plattformen), bei der strategischen Planung, bei der Vermittlung digitaler Kenntnisse für Lehrer und Schüler, bei der inhaltlichen Gestaltung der Curricula oder bei den rechtlichen Rahmenbedingungen. Neben sogenannten „guiding principles“ wie dem Schutz der Privatsphäre hält der Aktionsplan langfristige strategische Prioritäten fest, die mit entsprechenden Maßnahmen unterlegt werden. Die Förderung der Entwicklung eines leistungsfähigen digitalen Bildungssystem sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die die Bereitschaft zu hohen öffentlichen und privaten Investitionen voraussetze. Die Kommission beabsichtigt in diesem Zusammenhang u.a., mit den Mitgliedstaaten einen strategischen Dialog zur Vorbereitung einer Ratsempfehlung im Jahr 2022 zu eröffnen, die sich mit den Faktoren beschäftigen soll, die eine erfolgreiche digitale Bildung ermöglichen. Ferner soll ein Vorschlag einer Ratsempfehlung zu "Online- und Fernunterricht für den Primar- und Sekundarschulunterricht" bis Ende 2021 erarbeitet werden. Die Verbesserung der digitalen Kompetenzen sei ferner eine Voraussetzung für wirtschaftlichen Aufschwung und persönliches Wohlergehen der Bürger im beruflichen und alltäglichen Leben. Für Lehrer und weiteres Bildungspersonal sollen gemeinsame Richtlinien zur Förderung der digitalen Kompetenz entwickelt werden. Ebenso plant die Kommission, den europäischen Rahmen für digitale Kompetenzen zu überarbeiten. Außerdem soll ein neu zu entwickelndes „Europäisches Zertifikat über digitale Kenntnisse (EDSC)“ den Bürgern ermöglichen, ihre digitalen Kenntnisse nachzuweisen. Das Zertifikat soll von öffentlichen und privaten Einrichtungen sowie Arbeitgebern europaweit anerkannt werden. Zu den vorgeschlagenen Maßnahmen gehört darüber hinaus die Einrichtung eines europäischen Zentrums für digitale Bildung, welches die Mitgliedstaaten bei der Weiterentwicklung für digitale Bildung unterstützen soll.

Information, Kommunikation und Medien

EP; Sonderausschuss zu ausländischer Einflussnahme und Desinformation

Am 23.09.2020 hat sich der EP-Sonderausschuss zu „Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich Desinformationen (INGE)“ konstituiert. Seine 33 Mitglieder wählten per Akklamation MdEP Raphaël Glucksmann (S&D/FRA) zu ihrem Vorsitzenden und MdEP Javier Zarzalejos (EVP/ESP) zum stellvertretenden Vorsitzenden. In seiner ersten Sitzung am 24.09.2020 führte der Ausschuss eine Aussprache mit Nathalie Tocci, Sonderberaterin des Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik, Josep Borrell Fontelles, und zwei Mitarbeitern des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) zu den Themen hybride Bedrohungen und Desinformation. Das EP hatte die Einsetzung des neuen Sonderausschusses am 18.06.2020 beschlossen. Zu seinen Aufgaben gehört u.a. die Analyse von Untersuchungen zu Wahlmanipulationen, die Prüfung, ob legislative und nicht-legislative Maßnahmen erforderlich sind, um die sozialen Medien zu veranlassen, von Bots verbreitete Inhalte zu kennzeichnen und Algorithmen zu überprüfen, die Erörterung von Maßnahmen gegen Desinformationskampagnen und die Vorlage eines Vorschlags für ein koordiniertes Vorgehen auf EU-Ebene zur Bewältigung hybrider Bedrohungen. Der Ausschuss soll auch Vorschläge, wie gegen Verstöße gegen die Sicherheitsbestimmungen innerhalb der EU-Organe vorgegangen werden kann, ermitteln, bewerten und unterbreiten. Er wird einen Abschlussbericht mit Empfehlungen erarbeiten. Berichterstatterin ist MdEP Sandra Kalniete (EVP/LET). Das Mandat des Ausschusses beträgt zwölf Monate.

<https://www.europarl.europa.eu/committees/de/inge/home/highlights>

EuGH; Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags?

Generalanwalt Giovanni Pitruzzella hat am 29.09.2020 seine Schlussanträge in den verbundenen Rechtssachen C-422/19 und C-432/19 vorgelegt. Darin vertritt er die Auffassung, dass das Unionsrecht grundsätzlich eine Pflicht vorsieht, bei der Begleichung von Geldforderungen Euro-Bargeld anzunehmen. Die Union und die Mitgliedstaaten dürfen aber in Ausübung anderer Zuständigkeiten als der des Währungsrechts unter bestimmten Bedingungen die Verwendung von Euro-Banknoten als Zahlungsmittel aus Gründen des öffentlichen Interesses begrenzen. In den beiden Ausgangsverfahren vor den hessischen Verwaltungsgerichten verlangen die Kläger u.a. die Feststellung, dass sie berechtigt sind, den deutschen Rundfunkbeitrag in bar zu zahlen. Nach der Beitragssatzung des Hessischen Rundfunks kann der Rundfunkbeitrag aber nur durch Lastschriftinzug, Einzel- oder Dauerüberweisung entrichtet werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat dem EuGH die Frage vorgelegt, ob die unionsrechtliche Festlegung der Euro-Banknoten als gesetzliches Zahlungsmittel (Art. 128 AEUV) ein Verbot für öffentliche Stellen eines Mitgliedstaats enthält, die Erfüllung einer hoheitlich auferlegten Geldleistungspflicht mit solchen Banknoten abzulehnen, oder ob das Unionsrecht Raum für Regelungen lässt, die für bestimmte hoheitlich auferlegte Geldleistungspflichten eine Zahlung mit Euro-Banknoten ausschließen.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-422/19>

Kommission; Aufruf für Zusammenarbeit und Innovation im europäischen Museumssektor veröffentlicht

Der von der Kommission am 01.10.2020 veröffentlichte Aufruf geht davon aus, dass Museen und kulturelle Organisationen von der COVID-19-Krise besonders betroffen sind. Dies gelte auch für dadurch entstandene Einnahmeverluste. Gleichzeitig habe die Krise die digitale Transformation des Sektors beschleunigt. Digitale Technologien spielten in fast allen Aspekten der Arbeit von Museen eine zentrale Rolle, um den neuen Realitäten gerecht zu werden. Einerseits könnten digitale Mittel Lösungen in Bezug auf die Funktionen von Museen anbieten, von der Sammlung von Artefakten über deren Aufbewahrung und Untersuchung bis hin zur Interpretation und Ausstellung von Museumssammlungen, zur Vermarktung und zur Verwaltung von Online- und Vor-Ort-Besuchern. Auf der anderen Seite bestehe ein großes Potenzial für Innovation und Experimente mit fortschrittlichen Technologien sowie für eine umfassende Zusammenarbeit zwischen Kultur-, Kreativ- und Technologiesektor. Investitionen in digitale Technologien seien für Museen unerlässlich, um innovativ zu sein und sich an neue Umstände anzupassen. Die vorgeschlagene Maßnahme biete Museen die Möglichkeit, im Rahmen kleiner experimenteller Projekte mit kreativen und technologischen Partnern sowie untereinander zusammenzuarbeiten, um digitale Technologien auf innovative Weise auf einen ausgewählten Arbeits- oder Tätigkeitsbereich anzuwenden. Das Projekt werde Museen zum Beispiel dabei unterstützen, Lösungen zu entwickeln, die ihre digitale Präsenz verbessern oder ihre täglichen Funktionen und Prozesse erneuern mit 3D-Digitalisierung und „Augmented und Virtual Reality“ (AR/VR) Anwendungen für Besucher. Von den Vorschlägen werde erwartet, dass sie eine finanzielle Unterstützung für Dritte vorsehen, um Museen für die experimentellen Projekte zu unterstützen, die als Mittel zur Erreichung der Gesamtziele gerechtfertigt seien. Das Konsortium werde Kriterien für einen fairen und objektiven Prozess für die Auswahl von Museen festlegen. Es werde erwartet, dass mindestens 60% des Budgets für Dritte bestimmt sind, und der Höchstbetrag an Dritte, der über einen Zuschuss verteilt wird, maximal 30.000 EUR pro Dritter für die gesamte Aktionsdauer betrage. Einsendeschluss ist der 12.01.2021.

<https://ec.europa.eu/info/funding-tenders/opportunities/portal/screen/opportunities/topic-details/dt-transformations-24-2020;freeTextSearchKeyword=:typeCodes=1;statusCodes=31094501,31094502,31094503;programCode=H2020;programDivisionCode=null;focusAreaCode=null;crossCuttingPriorityCode=null;callCode=H2020-SC6-TRANSFORMATIONS-2018-2019-2020;sortQuery=submissionStatus;orderBy=asc;onlyTenders=false;topicListKey=callTopicSearchTableState>

Kommission; Ankündigung für einen Aufruf beim Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds veröffentlicht

Die Kommission hat am 29.09.2020 für den Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds (AMIF) einen neuen Aufruf zur Einreichung von Projektvorschlägen angekündigt, der bis Mitte Oktober 2020 veröffentlicht werden soll. Die Antragsfrist soll bis zum 16.02.2021 laufen. Der Aufruf zu transnationalen Maßnahmen soll sich unter anderem mit den folgenden Themen, Entwicklung und Umsetzung lokaler Integrationsstrategien durch Partnerschaften mit mehreren Interessengruppen, Abbau von Hindernissen und Förderung des Zugangs von Drittstaatsangehörigen zu grundlegenden Dienstleistungen, Förderung der Beteiligung von Migranten an der Konzeption und Umsetzung von Integrationsstrategien und der Förderung komplementärer Wege für schutzbedürftige Menschen und deren weitere Integration, befassen.

V e r a n s t a l t u n g e n

Hessens Livestream: XIV. Europäischer Presseclub – Ein heißer Herbst für Europa

Es diskutierten die EU-Korrespondentinnen Ilze Nagla vom Öffentlichen Rundfunk Lettisches Fernsehen, und Katalin Halmai von der ungarischen Tageszeitung „Népszava“, mit Michael Stabenow, ehemaliger EU-Korrespondent der FAZ, am 22.09.2020 in der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union. Im Fokus standen der angekündigte EU-Asyl- und Migrationspakt der Kommission und die Beziehungen der EU zur Türkei, der mehrjährige Finanzrahmen (2021-2027) (MFR), der Brexit sowie die Belarus-Frage. Sowohl innen- als auch außenpolitisch seien die Herausforderungen für die EU und vor allem für die deutsche Ratspräsidentschaft gewaltig, betonte die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich in ihrer Begrüßungsansprache. Das aktuell schwierige Verhältnis zu Russland, erfordere gemeinsame EU-Positionen. Daher sei sie froh, dass die EU das Wahlergebnis in Belarus nicht anerkannt hat. Bedenklich sei die Entwicklung der Verhandlungen der EU mit GBR. Auch bei der gemeinsamen Asylpolitik stünde die EU noch immer vor großen Herausforderungen. Alle seien sehr betroffen, welche Verhältnisse die Flüchtlinge, z.B. in dem griechischen Lager Moria, vor und nach der Brandkatastrophe ertragen mussten, sagte die Ministerin. Michael Stabenow leitete die Diskussion mit den Journalistinnen mit der Frage ein, wie sich die COVID-Pandemie auf die Arbeitsweise und die allgemeinen Arbeitsbedingungen für Journalisten auswirkt. Die Podiumsteilnehmerinnen betonten, dass die Qualität schlechter und die Herausforderungen größer geworden seien. Sie kritisierten u.a., dass die Pressesäle weitgehend geschlossen seien, zudem sei es zunehmend schwierig, Vertreter der EU-Institutionen auch nur telefonisch zu erreichen. Zum Thema Beratungen der EU-Außenminister am 21.09.2020 zu Sanktionen erklärte Katalin Halmai, dass die Verweigerungshaltung von CYP in der Frage von Sanktionen für Belarus eine negative Außenwirkung für die EU habe, da sie die EU entscheidungsunfähig erscheinen lasse und zum Verlust ihrer Glaubwürdigkeit führe. Es bleibe abzuwarten, ob die Blockadehaltung CYP negative Auswirkungen für das Land auf dem nächsten Gipfel habe, bzw. ob es eine Lösung für das Dreieck CYP - Türkei - GRI gebe. Ilze Nagla betonte, dass sich die baltischen Staaten für Sanktionen aussprechen. Die ungarische Position zu Sanktionen sei hingegen noch nicht bekannt, ergänzte Halmai. Aus ihrer Sicht werde damit ein weiteres Mal die alte Frage zur Einführung der qualifizierten Mehrheit in außenpolitischen Fragen der EU aufgeworfen. Auch der MFR und der EU-Aufbaufonds seien noch nicht in „trockenen Tüchern“. Die ungarische EU-Korrespondentin hob dabei die starken eigenen Interessen von einzelnen Mitgliedstaaten hervor. HUN und POL würden zwar nicht offen mit einem Veto drohen, sondern eher subtil mit Hinweis auf die Bedingungen und Anforderungen an den MFR vorgehen. Die baltischen Mitgliedstaaten hätten keine Veto-Position, sagte Nagla. Für sie stünden eher baltische Interessen im Vordergrund, z.B. die Ausstattung von EU-Programmen, wie Erasmus-Plus oder spezifische Themen wie die Rechtsstaatlichkeit. Thema waren auch die anstehenden EU-Asyl- und Migrationsvorschläge der Kommission. Laut Halmai rechne man mit hochkontroversen Debatten und keinen Entscheidungen unter deutscher Ratspräsidentschaft. Die Haltung HUN werde weiter extrem ablehnend sein. Die Erwartung in LET sei eher, dass sich nicht viel am Status Quo ändern werde. Auch die

Beziehungen EU-Türkei wurden angesprochen. Für Nagla sind die Flüchtlingslager in der Türkei, die von der EU finanziert würden, eine türkische Trumpfkarte mit Erpressungspotential. Die Entwicklung der EU-Flüchtlingspolitik berühre zudem die Fragen der EU-Freizügigkeit, der östlichen Nachbarschaftspolitik und sei für die Mitgliedstaaten insgesamt zu einem innenpolitisch immer schwierigeren Thema geworden. Nicht zuletzt ging es auch darum, ob es einen harten Brexit geben wird. Beide Journalistinnen erwarten einen Deal in letzter Minute.

Belgien

Neue Regierung in BEL

Fast 500 Tage nach der Parlamentswahl in BEL haben sich sieben Parteien auf die Bildung einer neuen Koalitionsregierung geeinigt. Alexander De Croo (Open VLD), ist der neue Premierminister. Die Vereidigung hat am 01.10.2020 stattgefunden. De Croo war neben dem wallonischen Sozialdemokraten Paul Magnette (PS) einer der offiziellen Unterhändlern für die neue Regierungsbildung. An der Koalitionsvereinbarung beteiligen sich die Grünen, die Liberalen und die Sozialdemokraten aus beiden Landesteilen sowie die flämischen Christdemokraten. Vertreter von vier Parteifamilien werden somit die künftige Regierung stellen: Sozialdemokraten (PS und SP.a), Liberale (MR und Open VLD) und Grüne (Ecolo und Groen) beider Landesteile sowie flämische Christliche Demokraten (CD&V). Gemeinsam verfügen sie über 87 der 150 Sitze im Parlament. Nicht dabei sind die flämischen Nationalisten der N-VA, die bei der Wahl im Mai 2019 mit 16 Prozent stärkste Kraft wurde. Auch der rechtsextreme Vlaams Belang (12 Prozent) ist nicht beteiligt. Die künftigen Regierungsparteien aus Flandern vertreten daher weniger als die Hälfte der dortigen Wählerstimmen. Die N-VA und der Vlaams Belang, stellten bereits die Legitimität der neuen Regierung in Frage.

https://www.belgium.be/de/ueber_belgien/staat/foederale_obrigkeit/foederale_regierung/zusammensetzung_der_regierung

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

15./16.10.2020

Rat

06.10.2020

Rat für Wirtschaft und Finanzen (virtuell)
Aufbau- und Resilienzfazilität
Digitalisierung des Finanzsektors
Europäisches Semester
Kapitalmarktunion
Direktorium des EZB

08.10.2020	Rat für Inneres (virtuell) Migrations- und Asylpaket Polizeiliche Zusammenarbeit
09.10.2020	Rat für Justiz (virtuell)
12.10.2020	Rat für Auswärtige Angelegenheiten Aktuelle Angelegenheiten Umsetzungsentscheidung und –verordnung des Rates bezüglich restriktiven Maßnahmen mit Blick auf die Situation in Belarus (voraussichtlich) Russland Lateinamerika und Karibik
13.10.2020	Rat für Allgemeine Angelegenheiten Mehrjähriger Finanzrahmen Verhandlungen EU-GBR Vorbereitung Europäischer Rat 15./16.10.2020 Jährlicher Dialog zur Rechtsstaatlichkeit Konferenz zur Zukunft Europas (voraussichtlich) EU-Koordinierung Covid-19 (voraussichtlich)
13.10.2020	Rat für Arbeit, Soziales und Gleichstellung (virtuell)

Europäische Kommission

06.10.2020	Sitzung der Kommission Post 2020 EU-Rahmen für Roma-Gleichstellungs- und Inklusionsstrategien Mitteilung zum Wirtschafts- und Investmentplan für den Westbalkan Erweiterungspaket
14.10.2020	Sitzung der Kommission Mitteilung zu Beseitigung von Investitionshürden für einen erfolgreichen Wiederaufbau Sanierungswelle 8. Umweltaktionsprogramm Methan-Strategie Chemikalien-Strategie für Nachhaltigkeit Verordnung zur Daten-Governance (vorbehaltlich Bestätigung)

Europäisches Parlament

Themen EP-Plenartagesordnung 05.-08.10.2020

- Einrichtung eines EU-Mechanismus für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte

- Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte in Bulgarien - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Rechtsstaatlichkeitskonditionalität im Rahmen der Verhandlungen über den MFR - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Gemeinsame Aussprache - Ausgewogenere Vertretung von Frauen und Männern in Gesellschaftergremien
- Frauen in der Beschlussfassung in Leitungsgremien von Unternehmen - Erklärung der Kommission
- Richtlinie zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen: aktueller Stand - Erklärung der Kommission
- Die Rolle der Europäischen Aufsichtsbehörden im Wirecard-Skandal - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Digitales Finanzwesen: neu auftretende Risiken bei Kryptoanlagen – Herausforderungen in Bezug auf Regulierung und Aufsicht im Bereich Finanzdienstleistungen, Finanzinstitute und Finanzmärkte
- Weiterentwicklung der Kapitalmarktunion: Verbesserung des Zugangs zu Finanzmitteln am Kapitalmarkt, insbesondere durch KMU, und Verbesserung der Beteiligungsmöglichkeiten für Kleinanleger
- Märkte für Finanzinstrumente - Empfehlung für die zweite Lesung
- Europäische Crowdfunding-Dienstleister für Unternehmen - Empfehlung für die zweite Lesung
- Umsetzung der gemeinsamen Handelspolitik – Jahresbericht 2018
- Europäische Forststrategie – künftiges Vorgehen
- Erläuterung des Standpunkts des Rates zum Entwurf des Gesamthaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2021
- Europäisches Klimagesetz
- Schlussfolgerungen der Sondertagung des Europäischen Rates vom 24./25. September 2020 - Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 15./16. Oktober 2020 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Vorschlag für einen Beschluss – Billigung der neuen Zuweisung der Verantwortlichkeiten des Exekutiv-Vizepräsidenten der Kommission Valdis Dombrovskis

- Vorschlag für einen Beschluss – Billigung der Ernennung von Mairead McGuinness zum Mitglied der Europäischen Kommission
- Entlassungen von Arbeitnehmern in der EU aufgrund der wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Langzeitpflegeeinrichtungen - Erklärung der Kommission
- Europäische Jugendgarantie
- Aussprache über auswärtige Angelegenheiten in Anwesenheit des Vizepräsidenten der Kommission/Hohen Vertreters der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den jüngsten Zusammenstößen zwischen Armenien und Aserbaidschan in Berg-Karabach, zur Lage im Iran und zur Lage in Venezuela
- Sicherheit im Eurotunnel nach dem Brexit

Ausschuss der Regionen

12. – 14.10.2020 140. AdR-Plenarsitzung

- Gleichwertige Lebensverhältnisse – eine gemeinsame Aufgabe für alle Verwaltungsebenen in Europa
- Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025
- Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung
- Ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen
- Programm „EU4Health“
- Das Paket REACT-EU
- Demografischer Wandel: Vorschläge zur Messung und Bewältigung der negativen Auswirkungen in den Regionen der EU
- Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang
- Lokale und regionale Gebietskörperschaften im ständigen Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern
- Der Beitrag der EU-Kohäsionspolitik zu einem intelligenten und innovativen wirtschaftlichen Wandel der Regionen vor dem Hintergrund der Covid-19-Krise
- Europäischer Aufbauplan zur Bewältigung der COVID-19-Pandemie: Aufbau- und Resilienzfähigkeit und Instrument für technische Unterstützung
- Eine neue Industriestrategie für Europa
- KMU-Strategie
- Bericht über die Hindernisse im Binnenmarkt und Aktionsplan für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften

- Herausforderungen für die lokale Demokratie im Westbalkan
- Stärkung der lokalen Governance und der repräsentativen Demokratie durch neue digitale Technologien
- Eine Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas und eine europäische Datenstrategie
- Weißbuch zur künstlichen Intelligenz – ein europäisches Konzept für Exzellenz und Vertrauen
- Der Regionale Innovationsanzeiger und seine Bedeutung für eine regionale ortsbezogene Politik
- Der Europäische Klimapakt
- Biologisch vielfältige Städte und Regionen nach 2020 auf der 15. Vertragsstaatenkonferenz des Übereinkommens über die biologische Vielfalt
- Neuer Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft
- Für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen der Mittelmeerinseln
- Neuauflage der Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt
- Europäisches Jahr der Schiene (2021)
- Verstärktes EU-Katastrophenschutzverfahren

Europäischer Gerichtshof

05.10.2020	Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-645/19 (Facebook Ireland u. a.): Zuständigkeit nationaler Datenschutzbehörden
06.10.2020	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-66/18 (Kommission / HUN): Ausländische Hochschulen in HUN
06.10.2020	Urteile des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-623/17 Privacy International sowie in den verbundenen Rechtssachen C-511/18 La Quadrature du Net u. a., C-512/18 French Data Network u. a. und C-520/18 Ordre des barreaux francophones et germanophone u. a.: Speicherung von und Zugriff auf Verbindungsdaten
06.10.2020	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-181/19 (Jobcenter Krefeld): Ausschluss von EU-Bürgern von sozialen Grundleistungen
06.10.2020	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-134/19 P Bank Refah Karagan / Rat: Schadensersatzklagen wegen restriktiver Maßnahmen
06.10.2020	Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-245/19 und C-246/19 LUX: Informationsaustausch in Steuersachen

- 06.10.2020 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den Rechtssachen C-344/19 (Radiotelevizija Slovenija (Bereitschaftszeiten an einem entlegenen Ort)) und C-580/19 (Stadt Offenbach am Main (Bereitschaftszeiten bei der Feuerwehr)): Bereitschaftszeit = Arbeitszeit?
- 06.10.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Gutachtensache (Avis) 1/19 Übereinkommen von Istanbul: Abschluss des Übereinkommens von Istanbul seitens der EU
- 08.10.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-514/19 (Union des industries de la protection des plantes): Verbot von Neonicotinoiden in FRA
- 08.10.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-360/19 (Crown Van Gelder): Beschwerdemöglichkeit nach Stromausfall
- 08.10.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-641/19 PE Digital: Wertersatz nach Widerruf eines Online-Partnervermittlungs-Vertrags
- 08.10.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-711/19 (Admiral Sportwetten u. a.): Wiener Wettterminalabgabe

EuG

- 05.10.2020 Urteile des Gerichts in den Rechtssachen T-249/17 (Casino, Guichard-Perrachon und AMC / Kommission), T-254/17 (Intermarché Casino Achats / Kommission), und T-255/17 (Les Mousquetaires und ITM Entreprises / Kommission): Untersuchungsbefugnisse der Kommission bei Verdacht auf Wettbewerbsverstöße

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 16.10.2020.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA